

elán

MÄNNER, MÄDCHEN &



MEDAILLEN

Im August brachten wir die Meinungen bekannter Persönlichkeiten zur Notstandsgesetzgebung. Auch in dieser Ausgabe bringen wir weitere Stellungnahmen (Seite 20). Lesen Sie hier die Meinung von

Karl Küpper

Warum ich gegen die Notstandsgesetzgebung bin?

a) Ich bin der Meinung, daß mit ganz geringen Einschränkungen davon ausgegangen werden muß, daß die vorhandenen grundgesetzlichen Möglichkeiten auch sowieso gegeben sind, einem Notstand zu begegnen.

b) Ich habe die Überzeugung, daß wir durch ein konsequentes Ablassen von dem Spiel mit dem Feuer, eine Situation herbeiführen können, die erst Notstände garnicht aufkommen läßt.

c) Ich habe trübe Erfahrungen sammeln müssen und im KZ darüber nachdenken können, wohin es führt, wenn nicht den Anfängen gewehrt wird. Auch das hinter uns liegende Inferno war entstanden durch mangelndes politisches Engagement der Demokraten und die gleiche opportunistische Grundhaltung, die heute wieder das öffentliche Leben beherrscht.

d) Gerade in Deutschland ist das Spiel mit der Notstandsgesetzgebung doppelt gefährlich, weil wir eine echte und gelebte Demokratie noch nicht kennen. Und auch das, was sich als Demokratie präsentiert, ist alles andere, als gefestigt. Dafür gibt es zahlreiche Beweise in der jüngsten Vergangenheit.

Was tun?

Ich kann nur mein persönliches Rezept zum besten geben: Kämpfe jeder an seinem Platze, mit seinen Möglichkeiten, selbstverständlich in enger Tuchfühlung mit allen Kräften, die guten Willens sind, gegen alle Entwicklungen, die die Demokratie und den Frieden bedrohen.

Weniger Opportunismus – mehr Kritik, weniger laisser faire – mehr politisches Engagement.

ZUR PERSON:

Karl Küpper ist 2. Vorsitzender der Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik

SCHWARZBUCH ÜBER WEISSE KREISE

Unter diesem Titel hat der DGB eine Untersuchung über die Auswirkungen der Freigabe der Mieten vorgelegt.

Das Ergebnis der Mieterbefragung stellt ein vernichtendes Urteil über die Wohnungspolitik der Bundesregierung dar.

Überträgt man die Resultate auf das ganze Bundesgebiet, dann kommt man auf über 100 000 Kündigungen.

Die Mieten wurden um rund 40 % erhöht. Am meisten betroffen wurden Arbeiter und Rentner.

elan

GLUCKWUNSCH

Viele Glückwünsche zu Ihrem sechsjährigen Bestehen und weiterhin viel Erfolg! Einen kleinen Beitrag dazu liefere ich mit einem neuen Abonnenten!

Ingrid Eder, 8 München 25, Passauer Straße 153

MAX VON DER GRÜN

Wenn Sie mich fragen ... so bin ich von den Artikeln Ihres Mitarbeiters Max von der Grün begeistert. Wenn wir vielleicht auch nicht alle immer mit ihm einer Meinung sein mögen – es ist zu begrüßen, daß man einmal einen Mann gefunden hat, der bekannt und bei vielen sehr beliebt ist, und zum anderen eine derart gesunde Einstellung hat. Kleine Kritik: Bitte, laßt die Artikel nicht noch länger werden. Gutes kann man auch kurz und knapp sagen, denn das zieht besser. Dennoch: Schickt den Mann ja nicht in die Wüste. Auf seine Artikel wartet mit vielen anderen

Reinhard Junge, Dortmund-Barop, Pulverstr. 13

Der elan-Bericht über die gemeinsame Aktion Darmstädter Jugendverbände gegen die rechtsradikale AKON (Aktion Oder/Neiße) hat ein so großes Leser-Echo gefunden, daß wir nur einen Querschnitt zu Wort kommen lassen können.

BRAVO

Ein Bravo diesen Jugendverbänden! WALTER FICHTNER, Hamburg

WEITER SO!

Einzig und allein das gemeinsame Auftreten aller demokratischen Jugendverbände erzielt Wirkung in der Öffentlichkeit. ARTUR HECHLER, Mörfelden

BEISPIEL

Beispielhaft haben es die demokratischen Jugendverbände in Darmstadt verstanden, über ihre konfessionellen und politischen Zielsetzung hinaus gegen diese „Ewiggestrigen“ Front zu machen. E. SCHANZ, Hamburg 53

STERNSTUNDEN

Der „Deutschland-Reinwascher“ Hoggan, der

„RUHR 1964“ lautet das Motto des Europäischen Jugendkongresses, der vom 13. bis 23. September in Duisburg stattfindet. Der Kongreß hat das Ziel, „junge Europäer zwischen 18 und 25 Jahren – Mädchen und Jungen aus allen Sozial- und Bildungsschichten zusammenzubringen und ihnen dabei zu helfen, ihre Aufgabe in der Entwicklung einer europäischen Gesellschaft zu sehen und zu übernehmen.“

DER JUGENDPOLITISCHE AUSSCHUSS der Evgl. Jugend Deutschlands hat zu den Vorgängen um den Wehrbeauftragten des Bundestages Heye, ein Telegramm an Bundestagspräsident Gerstenmeyer gesandt, in dem es u. a. heißt:

„Wir begrüßen, daß der Wehrbeauftragte so entschieden für die Grundsätze der Inneren Führung eintritt. Wir bedauern, daß er zu wenig Gehör im Bundestag findet.“

EINE DELEGATION der hessischen Jungdemokraten hielt

forum

amerikanische Präsidentschaftskandidat Goldwater und der „Weiterhin“-Minister Seeböhm sind Sternstunden eines neuen Nationalismus, der sich auch bei uns in verstärktem Maße bemerkbar macht. KLAUS H. JAHN, Wülfrath

HÖCHSTE ZEIT

Es ist höchste Zeit, daß sich alle positiven Kräfte in der Bundesrepublik zusammenfinden, um dem Ansturm der „Rechten“ entgegenzutreten. W. EICHENAUER, Wuppertal

GEMEINSAM

Unbedingt wichtig ist es, daß die Jugendorganisationen gemeinsam zusammengehen. NICOLAUS DOTKE, Ffm.

IN DIE WÜSTE

Wenn Bundeskanzler Erhard sich Kanzler des Volkes nennt, soll er die Stimme des Volkes berücksichtigen. SS-Treffen verbieten, Seeböhm und andre braune Kreaturen in die Wüste schicken. H. FRIEDRICH, Düsseldorf

Weitere Stimmen auf Seite 23

sich auf Einladung der Liberal-Demokratischen Partei, Erfurt, sieben Tage in der DDR auf. Von seiten der hessischen FDP wurde mitgeteilt, die Informationsreise sei im Einvernehmen mit dem FDP-Vorsitzenden Mende erfolgt.

DER SPD-PARTEIVORSTAND hat für die Zeit vom 23. bis 28. November den Parteitag 1964 nach Karlsruhe einberufen. Der Regierende Bürgermeister von Berlin und Vorsitzende der SPD wird über „Die Vorschläge der deutschen Sozialdemokraten zur Erneuerung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft“ referieren.

DER DGB fordert in einer soeben erschienenen Broschüre „Gebt uns eine Chance“ das 9. und 10. Schuljahr, eine zukunftsorientierende Berufsausbildung, Ausbau des beruflichen Schulwesens und den Ausgleich der sozialen Startbehinderungen durch Berufsausbildungsbeihilfen. Der DGB weist darauf hin, daß von den 14- bis 19-jährigen Vollzeitschülern besuchten: In den USA 66,2 vH; UdSSR 48,6 vH; Frankreich 30,8 vH; Schweden 32,3 vH. Die Bundesrepublik zähle mit nur 17,6 vH zu den rückständigsten Ländern.

DIE ANMELDEFRIST FÜR ZEICHENSTILLEGUNGEN wurde vom August 1964 auf Oktober 1965 verlegt. Das Vorstandsmitglied der IG Bergbau und Energie Arendt vertrat die



Auffassung, daß die Fristverlängerung mit den Bundestagswahlen im nächsten Jahr zusammenhänge, da die Unternehmer Stillelegungspläne nun erst nach den Wahlen bekanntzugeben brauchen.

DIE BRITISCHE REGIERUNG hat sich entschieden gegen einen Plan gewandt, der eine amerikanisch-deutsche Entscheidung über den Einsatz der geplanten MLF auch gegen den Willen der anderen Teilnehmer ermöglichen würde.

MIT DEM HINWEIS auf Moped-süchtige Jugendliche, fern sehbesessene Bürger, Urlaub und Campingfahrten ins Ausland glaubt die Bundesregierung erklären zu können weshalb es mit den Preisen in diesem Jahr munter berg auf gegangen ist. So gehen im regierungsmittlichen Bulletin der Bundesregierung.

19. März 1964. Die Ausbildungskompanie 405 Blieskastel/Saar ist angetreten.

Bataillonskommandant Leggewie vereidigt die Rekruten: Die Rekruten trauen ihren Ohren nicht. „Wir wollen nicht, daß die da drüben, wie in unseren Ostgebieten und vielen anderen Ländern geschehen, ihre schmutzigen Pfoten ungestraft weiter nach Westen aussrecken können.“

8 Tage später. Ein Brief wird abgesandt. An Verteidigungsminister von Hassel. Absender: die Pfarrer König, Glimm, Höffken aus Saarlouis. Sie protestieren: Nicht die Welteroberungsabsichten des Kommunismus, sondern die Tatsache, daß unser Volk

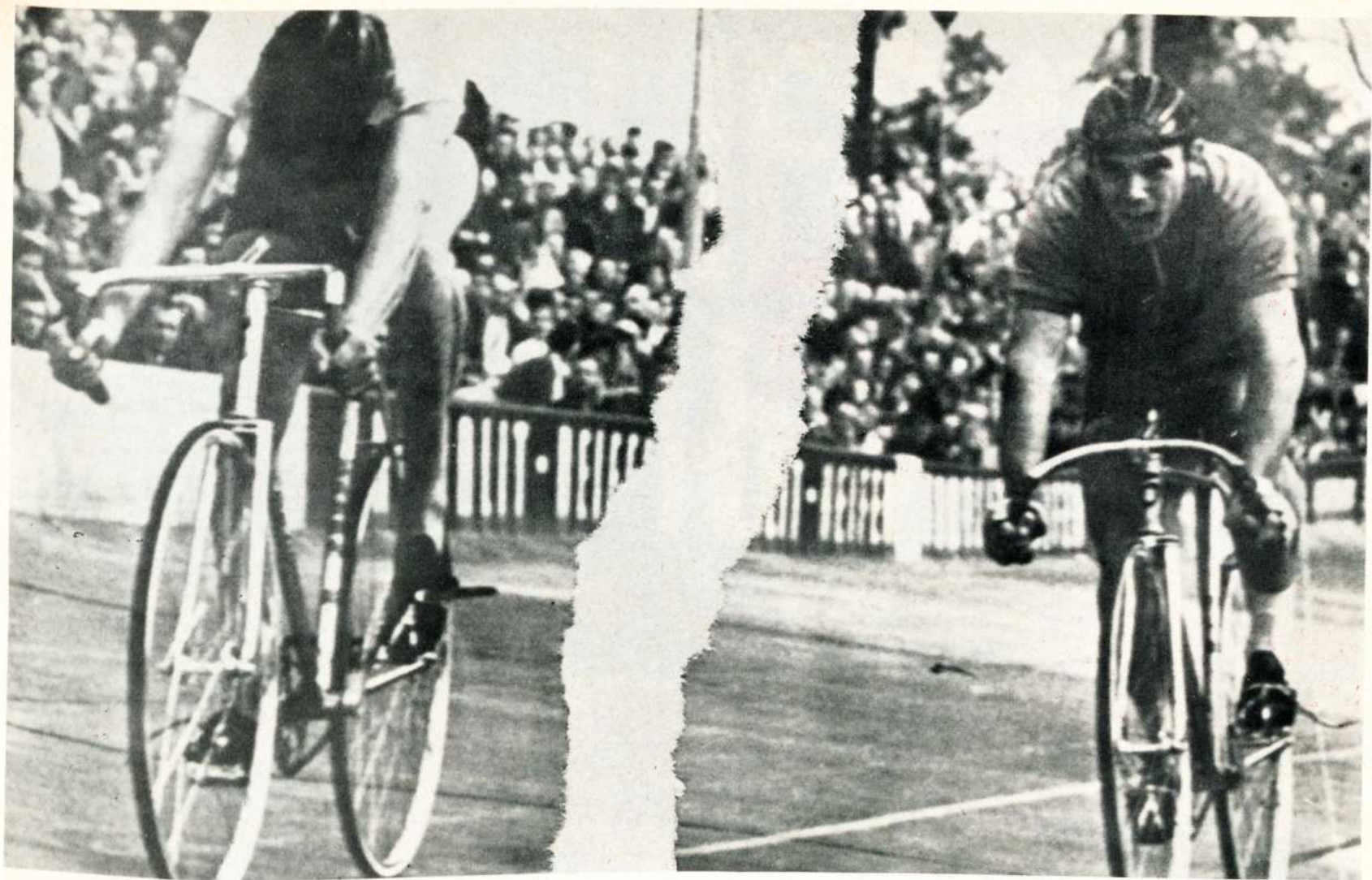
Es wird weiter gedrillt in der Bundeswehr. Ein Oberstleutnant macht in Antikommunismus – und bleibt in Amt und Würden.

Die „schmutzigen Pfoten“ des Oberstleutnant Leggewie

seine „schmutzigen Pfoten“, um den Ausdruck von Herrn Leggewie zu gebrauchen, nach Osten ausgestreckt hat, ist die primäre Ursache der bedrängten Lage unseres gespaltenen Volkes. Diese Tatsache verschweigt Herr Leggewie bewußt! Die Antwort läßt auf sich warten. „Erst als sie merken, daß es im Blätterwald raschelt“, sagt uns Pfarrer König,

„kommt Antwort von einem Beamten des Ministeriums.“ Von unglücklichen Formulierungen des Oberstleutnant Leggewie ist die Rede. Keine Entschuldigung für den Vorfall. Leggewie wird nicht zur Rechenschaft gezogen. „Stattdessen stellt man unseren Brief als politische Aktion dar. Der Brief ist im Tone eines Schulmeisters gehalten.“

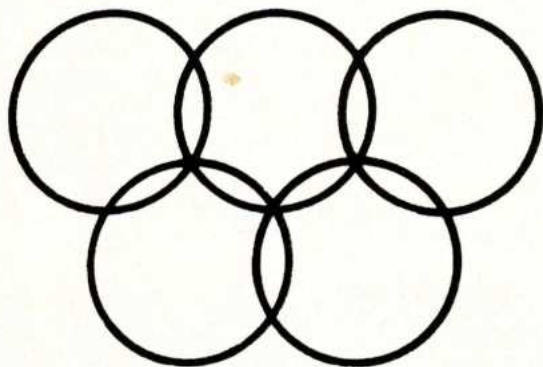
sagt uns Pfarrer König. Das Antwortschreiben ist der i-Punkt in diesem Fall. Er beweist: daß die Pfarrer richtig lagen, als sie in ihrem Brief an von Hassel schrieben: „Wir erinnern daran, daß schon einmal junge Menschen unseres Volkes mit dir Predigt, daß auf der einen Seite der „Hunne“, der Untermensch stünde, psychologisch für den Kampf gerüstet wurde, mit dem Ergebnis, daß wir heute in weiten Teilen der Welt als „Hunnen“ gelten. Wir legen schärfsten Protest dagegen ein, daß in der Bundeswehr, einer Institution unseres Staats, junge Menschen auf solch unredliche und heilvolle Weise beeinflusst werden.“



FORTSETZUNG AUF SEITE 21

Die gemeinsame Mannschaft und der verbotene gesamtdeutsche Sportverkehr - vierzig Tage vor der olympischen Eröffnungsfeier in Tokio

Eine kritische Untersuchung von Werner Wolf



TOKIO

**SIEHT SIE GEMEINSAM AM START
ABER ZUHAUSE DÜRFEN SIE NICHT**

Nach mitteleuropäischer Zeit wird es noch frühe Morgenstunde sein, wenn am 10. Oktober die Sportler aus mehr als 90 Ländern ins Nationalstadion in Tokio einmarschieren, die Griechen nach alter olympischer Tradition an der Spitze, die gastgebenden Japaner am Schluß des farbenprächtigen Zuges von Sportlerinnen und Sportlern aus fünf Erdteilen.

ZAHLENMÄSSIG EINE DER STÄRKSTEN

Zu den zahlenmäßig stärksten Mannschaften wird die deutsche gehören - über 300 Athleten aus der Bundesrepublik und der DDR friedlich vereint nebeneinander, während sie sich gestern noch in erbitterten Ost-West-Ausscheidungen um die Flugtickets nach Tokio gegenüberstanden. Die Zuschauer werden diesem Bild deutscher Einigkeit im Sport viel Beifall spenden.

Ist es jedoch ein Bild, das der Wirklichkeit entspricht? Oder ist die Gemeinsamkeit, vor der Sportwelt zur Schau gestellt, nur Fassade?

Das friedliche Bild der Gemeinsamkeit, das in Japans Hauptstadt demonstriert werden wird, täuscht. Unter den 70 000 Besuchern der Eröffnung der Olympischen Sommerspiele dürften nur wenige die wahren Verhältnisse im deutschen Sport kennen.

NUR ALLE VIER JAHRE

Was würden die sportbegeisterten Japaner dazu sagen, wenn sie erfahren, daß jene Athleten, die hinter dem Schild Deutschland und der schwarzrotgoldenen Fahne mit den fünf olympischen Ringen einmarschieren, innerhalb der Grenzen ihres Landes nur für die Bildung der Olym-

piamannschaft zum sportlichen Vergleich zusammenkommen dürfen, daß ihnen jeder andere Sportverkehr verboten ist?

Wie würden sie urteilen, wäre ihnen bekannt, daß der deutsche Sportbund und das nationale Olympische Komitee der Bundesrepublik einen solchen Entschluß auf Drängen der Politiker bereits vor drei Jahren faßten und daß Sportler, die sich dagegen wandten, in einigen Fällen sogar vor ordentlichen Gerichten landeten?

STARTVERBOT FÜR GRODOTZKI

Was würden die freundlichen Gastgeber dazu sagen, wenn sie wüßten, daß in der gleichen Zeit, da sich deutsche Sportler in Ausscheidungskämpfen für Tokio gegenüberstanden, einer der überragenden Langstreckenläufer der Olympischen Spiele 1960 in Rom, der zweifache Silbermedaillengewinner Hans Grodotzki, zusammen mit anderen Leichtathleten, Fußballern und Judokas aus der DDR durch Order des Bonner Innenministeriums an der Grenze zwischen Ost und West daran gehindert wurde, an einem Sportfest in der Bundesrepublik zu starten?

Das alles ist deutsche Sport-Wirklichkeit 1964, und um viele Beispiele kann die Tatsache ergänzt werden, daß seit jenem 16. August 1961, als der Beschluß von Düsseldorf gefaßt wurde, von echter Gemeinsamkeit in olympischen Fragen keine Rede mehr sein kann und die sportlichen Beziehungen auf nationaler und internationaler Ebene immer wieder gestört wurden.

VETO GEGEN THÜRINGEN

Zur gleichen Zeit, da in Innsbruck eine gemeinsame deutsche Mannschaft startete, erhob der Vertreter unseres Schlittensportverbandes, Prokoph, auf der Tagung der internationalen Schlittensport-Föderation Einwände gegen den Antrag der DDR-Delegation, die nächsten Weltmeisterschaften in Thüringen auszutragen. Daraufhin erhielt die Titelkämpfe 1965 die Schweiz, und erst ein neuerlicher Vorschlag, wenigstens 1966 den erfolgreichen Schlittensportver-

Klub Amitié

Bei der Vorbereitung des Ostermarsches 1964 waren Mitglieder des „Amitié-Klub“ dabei. Hier auf einem Platz in Gevelsberg. Mit ihren Gitarren, dem Banjo und dem Brummbaß waren sie nicht zu überhören.



In einem Jugendklub muß etwas los sein. Eine richtige Kellerparty gehört dazu. Klubleiter Horst Flühs mit Freundin beim Zitronen-Tanz. „Schade, daß man sich dabei nur so schlecht in die Augen sehen kann!“

Einige vom Klub waren beim Deutschlandtreffen in Berlin. „War Berlin eine Reise wert?“ Diese Frage stellten sie auf einem öffentlichen Diskussionsabend. Dieser Abend war der Auftakt zum großen Klubprogramm.

Bei Bier und Cola gab es zuerst einen Reisebericht. Die Zuhörer verfolgten interessiert die Ausführungen des Referenten. Anschließend wurde heiß diskutiert. Die Meinung aller: Ein gelungener Abend.

„Der Amitié-Klub lädt ein.“ Die Vorübergehenden fragen sich überrascht, ein neuer Kegelklub, ein Kaffeekränzchen, oder? „Amitié-Klub“ – das ist ein Klub junger Leute, das neueste, was Gevelsberg zu bieten hat.

Horst Flühs, 20, Maschinenschlosser und Hans-Günther Koch lästerten über den Bartansatz von Lothar („Hüwe“) Kruse: „Wenn es draußen ein bißchen windig ist, ist der Bart ja wieder weg!“ Die drei hatten sich beim Ostermarsch 1963 kennengelernt. Munter marschierend stellten sie fest, daß sie aus der gleichen Stadt kamen. Die begonnene Freundschaft brach nicht ab. Man traf sich zum Kino, Tanzen, Schwimmen, kurzum die drei wurden Freunde.

EIN GUTER GEDANKE

Im Januar saßen sie wieder einmal zusammen. Horst war gerade bei seinem dritten Bier angelangt. „Wir sollten unseren Kreis erweitern. Um so mehr mitmachen, um so mehr ist los. Eine anständige Party, Filmabende und Diskussionen, das wäre doch was für uns. Was haltet ihr davon, wenn wir einen Jugendklub gründen?“ Aber wie? Wen sprechen wir an? Als Jugendklub brauchen wir einen Klub-



keller. Wie soll der Klub heißen? Wie soll das Programm aussehen?“ – Eine Menge Fragen. Da gabs für die drei kein Patentrezept.

Sie ließen den Kopf nicht hängen, sprachen mit Freunden und Arbeitskollegen und berichteten von ihrem Plan. Die ersten schlossen sich an.

Gemeinsam unterstützten sie die Vorbereitungen des Ostermarsches und waren alle drei Tage dabei. „Freundschaft mit Frankreich, aber ohne die Bombe“ hieß es dort. Für eine deutsch-französische Freundschaft der Jugendlichen waren sie auch. Amitié – Freundschaft. Der Name des Klubs war geboren. Horst erzählte uns:

„Aber nicht nur die Freundschaft mit der französischen Jugend streben wir an, wir wollen uns für die friedliche Verständigung aller jungen Menschen in der Welt einsetzen, auch mit der Jugend der DDR.“

DISKUSSION UND SKIFFLEMUSIK

Er zeigt uns eine Einladung zu ihrem ersten öffentlichen Diskussionsabend: War Berlin eine Reise wert? „Einige von uns waren beim Deutschlandtreffen in Berlin. Auf dem Diskussionsabend haben sie über ihre Erlebnisse berichtet. Mit abgezogenen Einladungen haben wir auf diesen Abend hingewiesen. Etwa 30 Jugendliche waren gekommen. Nach dem Referat wurde heiß diskutiert. Ein paar Mann von uns haben anschließend Skifflemusik gemacht. Ein gelungener Abend.“

Zur Zeit ist Sommerpause. Im September geht es dann erst richtig los. Als erstes muß der Klubbkeller – ein altes Fotoatelier – eingerichtet werden. Zur Deckung der Unkosten müssen sie schon etwas von ihrem Taschengeld abzwacken. Horst Flühs:

„Wir sind dann aber nicht mehr auf Kneipen angewiesen. Eine eigene Skiffleband wollen wir ebenfalls gründen. Wenn sich die Sache richtig eingespielt hat, werden wir neue Jugendliche gewinnen können.“ Der „Amitié-Klub“ will keine Konkurrenz für die Jugendverbände sein. Jeder kann mitmachen. Beiträge werden nicht erhoben.

SIE HABEN GROSSE PLÄNE

Im Oktober startet das Herbstprogramm mit einer Keller-Party. Weiter im Programm: Diskussionen über die Bundeswehr und das Festival in Helsinki, Film- und Tanzabende. Beim nächsten Ostermarsch sind sie dabei.

„Im nächsten Urlaub wollen wir gemeinsam Urlaub machen, wo, das steht noch nicht endgültig fest. Wir wollen die jungen Menschen anderer Länder besuchen und zu einem Gegenbesuch nach Gevelsberg einladen. Wir hätten aber nicht nur junge Franzosen und Engländer gern zu Gast. Mit jungen Arbeitern aus Erfurt und Leipzig möchten wir ebenso uns treffen.“ Uns bleibt nur noch, ihnen guten Erfolg bei ihrer Klubarbeit zu wünschen.



ANTI-KRIEGSTAG 1964



So wie hier in Frankfurt war es überall bei uns: Demonstrationen gegen den Krieg.

Der 1. September, von den Arbeiterjugendverbänden zum Antikriegstag erhoben, stand in diesem Jahr im Zeichen der Erinnerung an den Ausbruch der zwei Weltkriege. Aus diesem Anlaß fanden in zahlreichen Städten der Bundesrepublik Kundgebungen und Demonstrationen statt. Zehntausende von Teilnehmern, vor allem junge Menschen, forderten von der Bundesregierung den Verzicht auf Atomwaffen sowie Abrüstungs- und Entspannungsiniciativen. Die Welt und auch das deutsche Volk

hatten ein Recht darauf, gerade an diesem 1. September, konkrete Beiträge der Bundesregierung zur Abrüstung und innerdeutschen Entspannung zu erwarten. Bonn aber benutzte diesen Tag dazu, die Aufrüstung und den Griff nach Atomwaffen zu rechtfertigen und in geschichtsfälschender Weise andere Mächte, vor allem die Sowjetunion, der Mitschuld am 2. Weltkrieg zu bezichtigen. Deutschlands Schuld wurde allein Hitler in die Schuhe geschoben. Kein Wort darüber, daß Hitlers Helfer, ohne die er den Krieg

nicht hätte führen können, zum Teil wieder hohe und höchste Ämter in der Bundesrepublik bekleiden. Was Bonn versäumte, tat die DDR. Sie erneuerte am 1. September ihre Vorschläge auf Atomwaffen zu verzichten, abzurüsten und durch innerdeutsche Verhandlungen unsere Probleme friedlich zu lösen. Die Veranstaltungen zum 1. September haben gezeigt: Das deutsche Volk will keinen neuen Krieg. Es kommt darauf an durch weitere Aktionen diesen Willen zur Regierungspolitik werden zu lassen.



NIE MEHR EIN



HIROSHIMA!

In jeder 32. Sekunde unterzeichnete ein Essener Bürger die Petition an den Bundestag. An einem Tag über tausend Stück. Aber in Bonn denkt man immer noch anders: Auf der Nato-Ratstagung im Dezember will man die Beteiligung an der MLF durchsetzen. Deshalb wollen die Atomwaffen-Gegner noch mehr Unterschriften sammeln.

KEMPTEN/ALLGÄU

Kundgebung am 28. August im Hotel „Post“. Veranstalter: IdK (Internationale der Kriegsdienstgegner).

AUGSBURG

Mahnwache der IdK im Stadtzentrum mit Unterschriftensammlung für die Petition der Kampagne für Abrüstung.

AACHEN

Auf Initiative der SJD „Die Falken“ führte die SPD am 29. August in Echernacherbrück, Flensburg, Goslar, Kehl, Rehau/Hof und Aachen Großkundgebungen durch.

Auf der zentralen Veranstaltung in Aachen sprachen vor 5000 Teilnehmern aus Belgien, Holland und der Bundesrepublik Willi Brandt (Vorsitzender der SPD), Horst Zeidler (Bundesvorsitzender der SJD „Die Falken“), Heinz Kühn (Vors. d. SPD in NRW) und zwei ausländische Gäste.

An der Veranstaltung nahmen viele Jugendliche teil, darunter starke Gruppen der Falken. (Siehe Randspalten auf der nebenliegenden Seite.)

STRASSBURG

Veranstaltung der SPD am 30. August. Emile Mueller (Bürgermeister von Straßburg), Fritz Erler und Horst Seefeld waren die Referenten.

HANNOVER

An der Zentralen Veranstaltung des DGB-Landesbezirks Niedersachsen, am 30. August um 10.30 Uhr in der Stadthalle Hannover, nahmen 5000 Personen teil. Referent: Otto Brenner (siehe

Randspalte auf der nebenliegenden Seite).

OBERHAUSEN

Die Gewerkschaftsjugend und das Stadtjugendamt eröffneten am 30. August im Jugendzentrum an der Tannenbergsstraße eine Ausstellung unter dem Motto „Den nächsten Krieg gewinnt der Tod“. Auf der Eröffnungsveranstaltung, an der 100 Personen teilnahmen, sprach MdB der SPD, Peter Blachstein (siehe Randspalte auf nebenliegenden Seite).

DORTMUND

Die Kampagne für Abrüstung veranstaltete auf dem Dortmunder Marktplatz eine Kundgebung. Vor 300 Dortmunder Bürgern sprachen Pfarrer Rüdiger Bremme, Gewerkschaftssekretär Karl-F. Hübsche, Chefredakteur B. Jendrejewski und der Geschäftsführer des Regionalen Ausschusses West, Frank Werkmeister. Anschließend Fackelzug. Den Aufruf zu dieser Kundgebung unterzeichneten Gewerkschaftssekretäre, Jugendfunktionäre und andere Bürger der Stadt. An den Mahnwachen wurden hunderte von Unterschriften für die Petition gesammelt.

ESSEN

Atomwaffengeegner führten auf dem Kennedyplatz eine Mahnwache durch. Auf Stellschildern mit riesigen Fotos zeigten sie die grausame Bilanz beider Weltkriege auf.

Die Essener Bevölkerung wurde aufgefordert, die Petition der Kampagne für Abrüstung an den Deutschen Bundestag zu unterstützen.

Am 31. August wurden innerhalb weniger Stunden über 1000 Unterschriften gesammelt.

HAMBURG

An der Gedenkstätte des Hamburger Friedhofs in Ohlsdorf wurden vom Junending Kränze niedergelegt. Auf der kurzen Gedenkfeier sprach der Hamburger Innensenator Helmut Schmidt.

DUISBURG

An einem Fackelzug nahmen über 300 Duisburger Bürger am Vorabend des Antikriegstages teil. Die Kabarettgruppe der Naturfreundejugend eröffnete um 20.00 Uhr die Veranstaltung mit einem Hörspiel auf dem Dellplatz. Anschließend führte ein Fackelzug durch die Innenstadt. Auf dem Burgplatz sprach Pfarrer Melzer (Rheinhausen) einige Worte zu den Teilnehmern. Veranstalter waren:

Mitglieder der Gewerkschaftsjugend, der Evangelischen Jugend, die Naturfreunde, Deutsche Jugendgemeinschaft, Verband der Kriegsdienstverweigerer, Jüdische Kulturgemeinde, Deutsche Friedensgesellschaft, Intern. Versöhnungsbund.

FRANKFURT

Die Kampagne für Abrüstung zeigte am 30. August den Film „Kirmes“. Es sprach Christian Geissler.

Am 1. September führte der DGB Landesbezirk Hessen seine Kundgebung auf dem Römerberg durch. Der Vors. der IG Bau, Steine und Erden, Georg Leber, referierte.

MAINZ

Im überfüllten großen Saal

des Kurfürstlichen Schlosses in Mainz, 1200 Personen, sprach das DGB-Bundesvorstandsmitglied Waldemar Reuter

SAARBRÜCKEN

Im überfüllten Johannishof in Saarbrücken sprach DGB-Bundesvorstandsmitglied Günther Stephan

MÜNCHEN

An der bayerischen DGB-Veranstaltung im Münchener Herkulesaal sprach der 1. Vorsitzende der IG Chemie-Papier-Keramik, Wilhelm Gefeller, vor 5000 Personen.

An dem anschließenden Fackelzug zum Platz der Opfer des Faschismus nahmen 6000 Münchner teil. Olaf Radke vom Vorstand der IG Metall hielt eine kurze Schlussansprache.

DUSSELDORF

Hermann Beermann, 2. Vors. des DGB, sprach auf der DGB-Veranstaltung in der Düsseldorfer Rheinhalle vor 3000 Teilnehmern. Die Veranstaltung wurde von Georg Neemann, DGB-Landesbez.-Vorsitzender von NRW (siehe Randspalte auf nebenliegenden Seite), eröffnet.

SOLINGEN

Vor rund 200 Personen sprach der 2. Vorsitzende der IG Druck und Papier, Dr. Walter Fabian, bei der IG Metall-Jugend in Solingen.

REMSCHIED

In der Gaststätte Brassat führte die Kampagne für Abrüstung eine Veranstal-

tung vor 300 Teilnehmern durch.

MULHEIM

Im Stadtzentrum stellte die Kampagne für Abrüstung Mahnwachen auf. Gleichzeitig wurden Unterschriften für die Petition gesammelt.

BREMEN

Die SJD „Die Falken“, die Naturfreundejugend, die Jungsozialisten und die Gewerkschaftsjugend führten am 1. 9. eine Antikriegsveranstaltung vor über 500 Personen durch. Thomas Franke, 2. Vors. der Jungsozialisten Bremens, eröffnete die Veranstaltung. Das Hauptreferat hielt MdB Peter Blachstein. Den Aufruf zu dieser Veranstaltung unterzeichneten u. a. Bürgermeister Dehnkamp, DGB-Vors. aus Bremen, Richard Boljahn, Intendant Heinz Kerneck, Schriftsteller Dr. Harry Pross sowie zahlreiche Betriebsräte und Jugendfunktionäre.

HAMBURG

Ludwig Rosenberg, 1. Vors. des DGB, sprach am 1. 9. vor über 1200 Teilnehmern im Theater am Besenbinderhof auf der Veranstaltung des DGB Landesbezirks Nordmark.

KIEL

Auf einer weiteren Veranstaltung des Landesbezirks Nordmark sprach der 1. Vorsitzende dieses Landesbezirks, Wilhelm Walter, am Antikriegstag in Kiel.

NÜRNBERG

Anlässlich der Bundesfrauenkonferenz der IG Metall sprach der 1. Vorsitzende Otto Brenner am 2. 9. in Nürnberg.



Otto Brenner

1. Vorsitzender d. IG Metall

über Grenzen hinweg die Hand zu reichen. Die Bomben auf Hiroshima sind eine grausige Bilanz, die heutige Atombombe einzusetzen, das bedeute das Ende der Menschheit, betonte Zeidler. Das Leid zweier Kriege, das Elend nach dem 2. Weltkrieg und Hiroshima sind die letzte Mahnung. Der Jugend sei die Verpflichtung auferlegt, aktiv für den Frieden einzutreten.



Peter Blachstein

MdB SPD

Der Krieg habe bei der Jugend keine Chance und es sei zu hoffen, daß mit dieser Jugend das Bemühen um eine ehrliche Koexistenz Erfolg haben werde. In diesem Zusammenhang forderte Blachstein den Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten. Ein dritter Weltkrieg werde Vernichtung bringen, dagegen helfen weder Notstandsgesetze noch ziviler Luftschutz, sagte Peter Blachstein in Oberhausen. Zur Zeit beruhe der Frieden auf dem Gleichgewicht des Schreckens. Wer immer zuerst den Schlag führe, der Vergeltungsschlag bliebe nicht aus. „Wenn es trotzdem Abgeordnete gibt, die sich für die Einführung von Atomwaffen aussprechen, so scheint es dringend an der Zeit, ihnen das Vertrauen zu entziehen.“



Hermann Beermann

2. Vorsitzender des DGB

„Hält man sich diese verheerenden Auswirkungen eines Atomkrieges vor Augen, so wird jedermann die Empörung verstehen, die uns erfaßt, wenn die Verantwortlichen auch in unserem Lande jenes leichtfertige Wort erfanden, daß „jeder eine Chance hat“. Diese Illusion ist mehr als gefährlich. Sie lullt die Menschen ein, suggeriert ihnen eine Sicherheit, die es nicht gibt und die auch nicht durch fragwürdigen Luftschutz und Bunkerfeststellungen hergestellt werden kann.“

Ich erinnere an das Atomteststopabkommen, das von den meisten Staaten der Welt – von der Bundesrepublik leider erst nach längerem Zögern, angenommen wurde. Auch die Abrüstungskonferenz in Genf ist ein positives Zeichen, einen Weltkrieg zu verhindern. Wir akzeptieren sie als erste Schritte zur Entspannung des Friedens. Aber bei diesen zwar hoffnungsvollen, aber nichtsdestoweniger bescheidenen Anfängen darf man nicht stehenbleiben.

Horst Zeidler

Bundesvorsitzender der SJD „Die Falken“

forderte in Aachen die Jugend aller Länder auf, sich



Georg Neemann

Vorsitzender des DGB, Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

„Der Krieg ist das größte Übel der Menschheit. Wir werden uns mit der ganzen Stärke unserer Organisation einsetzen, um einen neuen Krieg unmöglich zu machen. Gerade bei uns, an Rhein und Ruhr besteht durch die Zusammenballung wichtiger Industrien eine besonders große Gefahr. Jede Auseinandersetzung würde bereits in der ersten Sekunde unser Land in einen Krieg einbeziehen.“ Neemann appellierte an die Jugend und sagte: „Wenn wir den Frieden wollen, reicht diese Kundgebung allein nicht aus. Wir müssen uns jederzeit und in jeder Stunde, aktiv für den Frieden einsetzen. Laßt uns niemals vergessen, durch wen und wofür der letzte Krieg geführt wurde.“

Nie wieder Krieg Nie wieder Faschismus Nie wieder Auschwitz

Die Unterzeichneten rufen alle verantwortungsbewußten Menschen in der Bundesrepublik zur Teilnahme an einer

Kundgebung und Demonstration gegen Krieg und Faschismus am Samstag, dem 26. September 1964 in Frankfurt am Main

furt am Main

auf. Die Demonstration beginnt um 15.00 Uhr an der Festhalle (Messegebäude) und führt zum Römerberg, wo gegen 16.00 Uhr die Kundgebung beginnt.

AUFRUF

Am 1. August 1914 begann der 1. Weltkrieg.

Am 1. September 1939 begann Hitler den 2. Weltkrieg.

Seit Monaten erschüttert der Prozeß gegen Henker und Folterknechte des Vernichtungslagers Auschwitz die Menschen im In- und Ausland. Die Verbrechen von Auschwitz und die Greuel des 2. Weltkrieges entsprangen dem Geiste brutalsten Machtstrebens und barbarischen Menschenhasses.

Viele der Schuldigen, die in führenden Stellungen des nationalsozialistischen Unrechtsstaates, in den Schlüsselpositionen der Großindustrie, in der SS und in der Gestapo, den Namen unseres Volkes mit Schimpf und Schande bedeckt haben, sitzen wieder in neuen Machtstellungen. Ihr Wirken, ob offen oder getarnt, vergiftet das öffentliche Leben in der Bundesrepublik, zerstört die Demokratie und fügt dem Ansehen

unseres Volkes schweren Schaden zu. Von neuem wächst die Gefahr eines Krieges herauf, eines Krieges, der angesichts der atomaren Zerstörungskraft nur mit einer totalen Vernichtung enden kann. Kein vernünftiger Mensch darf angesichts dieser furchtbaren Gefahr abseits stehen.

Es ist höchste Zeit, daß sich alle Anständigen zusammenfinden, ungeachtet ihrer weltanschaulichen Einstellung, ihrer Religion und ihrer politischen Meinung, um gemeinsam einer neuen verhängnisvollen Entwicklung Einhalt zu gebieten – ehe es zu spät ist.

Deshalb wenden wir uns an alle Gegner der Aufrüstung und der atomaren Bewaffnung, an die junge Generation und ihre Organisationen, an die Gewerkschaften, an die Opfer des Nazi-regimes, an alle Menschen guten Willens an dieser

Kundgebung und Demonstration

teilzunehmen.

Es ist eine Sache der Ehre und des Gewissens, in der Stadt des Auschwitz-Prozesses zu bekunden, daß es in der Bundesrepublik viele Menschen gibt,

die die Lehren aus der Vergangenheit gezogen haben und gewillt sind, neuem Unheil entgegenzutreten.

Frankfurt/M., den 14. August 1964

Paul Grünewald

Langjähriger Häftling des KZ Buchenwald, Vertreter der Lagergemeinschaft Buchenwald, Oberursel a. Ts., Am Hang 29.

Hermann Sittner

Vorsitzender der Naturfreundejugend, Frankfurt/Main, Fliederweg 17.

Folgende Personen schlossen sich diesem Aufruf u. a. an:

Günter Anders (Studienrat, Bremen), Agnes Asche (Hannover), Arno Behrisch (Solingen), F. R. Fischer (Betriebsrat, Neu-Isenburg), Karl Freitag (Direktor a. D., Langen), Friedrich Haug (Vorsitzender des Bundes der Opfer des Faschismus e. V., Vizepräsident und Gen.-Sekretär der Deutschen Liga für Menschenrechte e. V., München), Wilhelm Heusel (Betriebsratsvors., Eßlingen), Kurt Hirsch (Journalist,

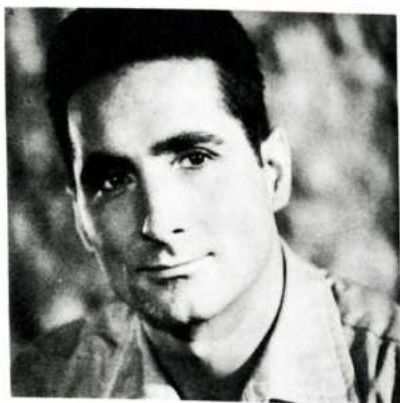
München), Lorenz Knorr (Journalist, Frankfurt), Mira von Kühlmann (München), Erhard Mischalke (Vorsitzender des DGB-Ortskartells Neu-Isenburg), Dr. Friedrich Müller (Verwaltungsgerichtspräsident i. R., Wiesbaden), Oskar Müller (Staatsminister a. D., letzter Lagerältester des KZ Dachau), Heinz Joachim Nagel (Rektor, Giessen), Prof. Otto Pankok (Brünen b. Wesel), Werner Sanss (Superintendent, Selm), Robert Scholl (Oberbürgermeister i. R., München), Emil Graf von Wedel (Wiesbaden), Georg Stierle (Frankfurt).

DIE

Eine harte Story von Stars und Stimmchen, Schnulzen und Geschäften



Caterina Valente
Gegen Schnulzen ...



Freddy
... muß man schießen!



Siw Malmkvist
Liebeskummer lohnt ...



Elvis Presley
... wenn man mit Akzent singt.

Auf der Tanzfläche kasperte Gus Backus mit dem Star des Abends herum. Jedoch: Das Lächeln der Caterina Valente, die eigens zu den diesjährigen Schlagerfestspielen über den großen Teich nach Baden-Baden gekommen war, täuschte. „Dieses Festival gleicht einem Leichenschmaus mit anschließendem bunten Abend!“, kommentierte sie grimmig vor Zeitungsrepor-

tern. „Die Schlager waren keine Schlager, sondern Schnulzen. Mit dem deutschen Schlager geht's bergab.“

Was die Valente sagte, war den Branchenkundigen seit langem offenes Geheimnis. Die erfolgsgeehrte Caterina flüchtete vor Jahren ins Ausland, wo sie mit anspruchsvollen Schlagern und Chansons die Sprossen zur Weltklasse erklomm. Zu Hause gedieh indes das Geschäft der Platten-

Industrie trotz rapide abnehmender Qualität prächtig.

DIE AKZENT-MASCHE

Als Elvis Presley Großmutter's Rüchrschnulze „Muß i denn zum Städtele hinaus ...“ zum Verkaufsschlager für Teens und Twens gemacht hatte, war die Erfolgsmasche für einheimische Songs mit ausländischem Akzent gefunden. Und alle kamen: Chris Howland gepflegt deutsch-britisch gekauertwelschte „Hämmerchen-Polka“, Connie Francis' „Schöner fremder Mann“, Cliff Richards' „Rote Lippen“. Je doller die Schnulze, desto voller die Kasse.

Manches Talent wurde weit unter Wert, aber mit Erfolg verkauft. Sascha Distel zum Beispiel. Im heimatischen Frankreich durch ausgezeichnete Interpretation von Chansons bekannt und berühmt geworden, wurde er von den Platten-Produzenten hierzulande auf die gewinnträchtige Einsamkeitsmasche getrimmt (Der Platz neben mir ist leer ...). Nicht besser erging es dem hochbeachteten Paar Esther und Abi Ofarim aus Israel. Zur gleichen Zeit, da sie in Baden „Schönes Mädchen ...“ in die Mikrofone stammelten, erschien eine Platte, in der sie internationale Folksongs u. a. darboten.



GROSSE MASCHE



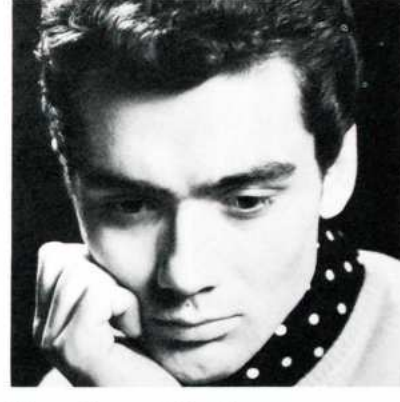
Little Peggy March
Hauptsache Show ...



Gus Backus
... und Reklame.



Marika Kilius
Stimmlos ...



Hans-Jürgen Bäumler
... und noch 'ne Träne.

GITTE UND DER PÄRCHEN-TRICK

Vor einem Jahr hatte ein junges, kesses Mädchen aus Dänemark bei den Schlagerfestspielen das Rennen gemacht. „Ich will 'nen Cowboy als Mann“ wurde zum Hit, der Name Gitte zur Garantie-Erklärung für reißenden Plattenabsatz.

Aber die Kondition der 17jährigen reichte noch nicht aus, als Solo-Zugpferd über die Distanz zu gehen. Was lag näher als der Pärchen-Trick: Man koppelte das Teenager-Paar Rex und Gitte zusammen. Mit Erfolg. Zumindest, was die Kassen der Produzenten betrifft. Und es dauerte nicht lan-

ge, da machten die ersten Hochzeits-Gerüchte die Runde.

Die bisherigen Produkte dieser Künstler-Ehe: Edelschnulzen.

SO WERDEN STARS VERHEIZT

Kommentierte die ewig junge Altmeisterin im Schlager- und Showgeschäft, Caterina Valente: „Unser Nachwuchs wird bedenkenlos verheizt. Wenn die Jungen nicht mehr zu verwenden sind, werden sie ohne Bedenken weggeworfen.“

Weggeworfen wie ausgepreßte Zitronen. Seit Max Schmeling's Anatomie eines Boxerherzens

(„Das Herz eines Boxers ...“) auf Platten gepreßt wurde, sind populäre Sportler bevorzugte Objekte der Platten-Industrie. Bubi Scholz versuchte sein Glück auf der schwarzen Scheibe; aus dem rennenden wurde ein schnulzender Martin Lauer.

DIE FA. KILIUS & BÄUMLER

Den Vogel jedoch schoß bis dato die geschäftstüchtige Fa. Kilius & Bäumler ab. Sie wurden zu Nutznießern einer hochentwickelten Aufnahme-Technik, welche selbst einer kreischenden Säge noch melodische Klänge abzugewinnen vermag. Sie waren nicht die ein-

zigen, deren dürrtliche Stimmchen mit technischen Tricks und Raffinessen aufgepöppelt wurden.

Und sollte sich wirklich eines Tages keine Sportgröße oder kein langmänniger Sohn eines berühmten Vaters – à la Twen vom Dienst Thomas Fritsch – finden lassen, – der Weg von Baden-Baden nach Frankfurt ist nicht weit. Im Tierpark des Prof. Grzimek wird sich sicherlich ein grunzender Seelöwe, ein trompetender Elefant oder ähnliches Getier finden lassen, das sich auf der tönenden Scheibe verarbeiten läßt. Auf (leider) unzerbrechlichen Kunststoff-Platten.

BEN NATTER



Was den Wehrbeauftragten Heye zur Flucht in die Öffentlichkeit trieb, waren keine kleinen Fische. M. v. d. Grün schreibt seine Meinung zu den Skandalen in der und um die Bundeswehr.

WENN SIE



MICH FRAGEN...

Ich erschrecke immer wieder, wenn ich sehe, daß in der Bundesrepublik die „Flucht in die Öffentlichkeit“ nicht nur als Vergehen gebrandmarkt wird, sondern schon zu einem verdammenswerten Verbrechen auswächst. Dabei ist die „Flucht in die Öffentlichkeit“ eine selbstverständliche demokratische Äußerung, ein legitimes Kind demokratischen Lebens.

Woanders ist es anders, muß ich hier sagen; was bei uns mit hochgezogenen Brauen und der stummen Frage:

„Na, darf er denn das? Hat er sich nicht in der Form vergriffen?“ zur Kenntnis genommen und dann gleich in Zweifel gezogen wird und wo dann tagelang nicht über die Sache, sondern den Weg zur Sache diskutiert wird (schließlich geht am Ende alles aus wie das Hornberger Schießen), ist in Amerika und England, für uns Vorbilder demokratischen Lebens, die Flucht in die Öffentlichkeit keine Flucht, eher doch wohl eine Notwendigkeit. Zu bemerken sei hier, daß Heye schließlich keine Staatsgeheimnisse verraten hat, und es klingt nicht nur lächerlich, es ist geradezu grotesk, wenn alle Parteien die Notwendigkeit eines Wehrbeauftragten bejahen, ihn aber gleichzeitig hindern, vor dem Plenum zu sprechen. Immerhin sind die Bundestagsabgeordneten nicht mehr und nicht weniger als die gewählten Vertreter des Volkes.

Ja, wer einen Maulkorb umgebunden bekommt, der kann auch nicht beißen. Andererseits aber ist es doch so, daß, hätte Herr Heye seine Flucht in die Öffentlichkeit nicht angetreten, sein Jahres- und Rechenschaftsbericht in den Schubladen der Abgeordneten gelandet wäre. Dort ist er auch gut aufgehoben, höchstens der Ausschuß hätte sich natürlich unter Ausschluß der Öffentlichkeit damit befaßt.

Ja verdammt noch mal, soll die Öffentlichkeit nicht erfahren, was in der Bundeswehr vorgeht? Leben wir denn in einem Polizeistaat? In einer Diktatur? Fast bin ich versucht anzunehmen, daß gewisse Kreise in Bonn und in den Parteien im stillen die Meinung vertreten, das Volk sei nicht mündig genug, Dinge zu erfahren, die es aufregen könnten. (Nach all dem, was bislang passierte – was soll uns da schon aufregen, da muß es schon dick kommen).

Schlaf Völkchen, schlaf, Bonn hütet deinen Schlaf – alle vier Jahre darfst du wählen, das ist genug, dann nach Möglichkeit schlaftrunken, komme bloß nicht zum Nachdenken, du gefährdest die öffentliche Sicherheit. Die entscheidende Frage ist doch letztlich: Sind die Vorgänge in der Bundeswehr Auswüchse oder Symptome? Und der Rekrut Deigl – wenn man schon sagt, Nagold sei Auswuchs grö-

ßenwahnsinniger. Ausbilder – war Deigl nicht auch ein Mensch? Und woher nehmen die Ausbilder ihren Größenwahn? Ist es wirklich „menschliches Versagen“ – eine beliebte und bequeme Bonner Entschuldigung – oder haben diese Ausbilder wieder Rückendeckung durch „Höhere“, oder wissen die Höheren gar nicht, was die Unteren tun? Hier fragt man sich, welches Übel nun gefährlicher ist?

Ein Gefreiter fragte mich vor einigen Tagen: Kennst du den Unterschied zwischen einem Leutnant und einem Menschen? Nein? Da gibt es keinen Unterschied, nur der Leutnant weiß das nicht.

Es ist ja so bequem geworden, unliebsame Vorgänge abzuschwächen dadurch, daß man sagt: Ach ja, die paar Fälle, was ist das schon gemessen an über vierhunderttausend Soldaten. Das kommt überall vor. Hier allerdings kann man böse werden, denn dies ist die allzeit bereite deutsche Kollektiventschuldigung. Hier könnte man analog werden und sagen: Dachau? aber ich bitte, das waren doch nicht alle Deutsche! Auschwitz? Aber bitte, ich gebe zu, Wahnsinnige haben Macht in die Hände bekommen, aber das waren doch nicht alle Deutsche. Euthanasie? Tatsächlich? Aber davon wußten wir nichts, wir gehörten ja zum anderen Deutschland, das nicht unterrichtet wurde, wir wußten nicht, was hinter den Kulissen vor sich ging.

Eben, in einem Polizeistaat, in einer Diktatur, weiß das Volk tatsächlich nicht, was hinter den Kulissen vorgeht, eine Diktatur dosiert und differenziert genau, was zu publizieren gut tut und wie es zu geschehen hat. Aber wir sind doch keine Diktatur, auch kein Polizeistaat, wir nennen uns – aufgrund unserer Verfassung – Demokratie, und das Volk in einem demokratischen Staatsgebilde hat das Recht, über alles und jedes unterrichtet zu werden, denn das Volk ist für alles mitverantwortlich. In einer Demokratie gibt es keine Kollektiventschuldigung, die besagt: Davon haben wir nichts gewußt! Demokratie heißt: Durch Aufklärung und Unterrichtung mitverantwortlich werden.

Es ist auch völlig gleichgültig, ob Herr Heye durch eine Illustrierte spricht oder durch eine Tageszeitung – immerhin haben Illustrierte in Deutschland Millionen-Auflagen, und es ist anzunehmen, daß sie von einem Großteil des Volkes gelesen werden.

Wie kann es anders werden? fragt man sich besorgt. Mit Tagesbefehlen, wie sie Herr Tretnner herausgab, bestimmt nicht – auch solch ein Tagesbefehl ist ein Relikt, von dem die Bundeswehr befreit werden sollte. Sie muß überhaupt von vielen Relik-

ten, die aus preußischem und doktrinärem Geist kommen, befreit werden; solange das nicht geschieht, werden Nagold und der Rekrut Deigl keine Auswüchse, sondern Symptome sein. (Hier hat die Bundeswehr Parallelen zur deutschen Justiz – siehe Fall Fladung – und nicht nur der). Wer sagte doch einmal: Wehret den Anfängen!

Ein gutes Wort, jeder Deutsche sollte es über seinem Hauseingang hängen haben, es ist ein Wort, das genau auf uns Deutsche paßt. Wie kann es anders werden? Bestimmt nicht wird es anders, wenn man den Ausführungen des Herrn Jäger folgen will, der im Ausschuß unter völliger Außerachtlassung der Fakten, die Heye aufzeigte und denen niemand widersprechen konnte, gegen Heye wettert, sich sogar von persönlichen Gefühlen treiben läßt. Nun stehen, nach Herrn Jäger zu urteilen, nicht mehr die Mängel der Bundeswehr zur Diskussion, für deren Aufzeigung man doch dankbar sein müßte – (aber das ist der Deutsche eben nicht, er nennt es: Das eigene Nest beschmutzen) jetzt steht die Person Heyes zur Diskussion. Er hat etwas fluchwürdiges begangen, er hat nämlich dem Volk zugänglich gemacht, was nach Meinung einiger Parteipolitiker nur ihnen zukommt. Ich möchte dazu nur sagen: Heye hat nicht mehr und nicht weniger getan als Demokratie praktiziert. Und was machen die Vertreter unserer demokratischen Ordnung, wie etwa Herr Jäger?

Sie erheben den Ausschuß zum Tribunal! Niemand wird abstreiten oder leugnen, daß eine Armee nur existieren kann, wenn Zucht und Ordnung in ihren Reihen sind, keine Armee der Welt kann ohne dem bestehen; die Frage ist nur, wie kann Zucht und Ordnung angewandt werden, ohne die Würde des Menschen zu verletzen.

Ich war lange genug in Amerika, ich kenne ziemlich gut die Praktiken der amerikanischen Armee, um mir ein Urteil erlauben zu können – sie wird bei uns ja immer etwas belächelt, weil sie nicht zackig genug auftritt (Zack Zack ist kein Beweis für Zucht und Ordnung) – in ihr gibt es, trotz legerem Gehabe nach außen eines, was Zucht und Ordnung humanitär macht: Der Ausbilder und auch der Leutnant weiß, daß zwischen Ausbilder und Menschen, zwischen Leutnant und Menschen kein Unterschied besteht. – Nun kommen Sie mir nicht und bringen „Verdammt in alle Ewigkeit“ auf den Tisch. Buch und Film sind gerade der Beweis dafür, was Demokratie heißt – niemand in Amerika hätte es sich einfallen lassen, dagegen zu wettern, daß durch Buch und Film die Öffentlichkeit unterrichtet wurde.

Sollte man dies nicht als Kriterium gelten lassen? Alles sieht dann nämlich anders aus – und es wird auch anders.

Ich persönlich gebe Heye recht, seine Flucht in die Öffentlichkeit war eine unumgängliche Notwendigkeit, die Öffentlichkeit kann nicht früh genug und nicht oft genug aufgeschreckt werden; Leute, die es in einen transzendenten Konsumentenschlaf lullen, gibt es doch weiß Gott genug. Und wem Heyes Vorgehen nicht paßt, dem möchte ich doch sagen, daß es nicht an Heye liegt, einfach daran, daß wir Deutsche noch viel, was demokratisches Leben, demokratische Verantwortung, demokratisches Bewußtsein anbelangt, lernen müssen. Das paßt ihnen nicht? Ich gebe zu, lernen ist nicht jedermanns Sache, aber wenn der einzelne die Bereitschaft dazu nicht mitbringt, dann lebt er tot, wenn ein Volk als Ganzes das nicht mitbringt, stagniert es, wird starr und unbeweglich und eines Tages bricht es vom leisesten Wind bewegt auseinander. Die Geschichte ist Lehrmeister.

Was mich noch an der ganzen Sache beunruhigt ist folgendes, und hier will ich wieder analog zu den Prozessen um das Dritte Reich werden. In all den Prozessen, die abgerollt sind und abrollen, sei es Auschwitz, Eichmann, Euthanasie oder sonst dergleichen, berief man sich immer wieder auf Befehle, der Befehl war sozusagen der Freibrief für alle Verbrechen, die begangen wurden. Nun, die Befehlsgeber aus jener tausendjährigen Zeit sind tot oder sonnen sich in südlichen Gefilden. Was ist in der Bundeswehr? Die Letzten beißen die Hunde, möchte ich sagen; die Ausbilder, ob Nagold oder zuletzt Deigl, haben genen Befehle verstoßen, die Vorgesetzten wußten nichts, sie waren nicht unterrichtet worden – und doch handeln die Ausbilder nach Befehlen, die doch jemand erlassen haben muß. Warum aber wird nicht der Befehlsgeber zur Verantwortung gezogen? Warum nicht? Jeder Vorgesetzte ist für seinen Untergebenen verantwortlich, zumindest ist es in demokratischen Armeen so. Warum wird dann gegen Heye geschossen? Warum wird Herr Heye angelastet, was den Befehlen und den Befehlsgebern angelastet werden müßte, warum werden unreife Ausbilder gebissen, die unter den Augen ihrer Offiziere schalten und walten können wie sie wollen. Hat der Offizier keine Zeit, sich darum zu kümmern? Duldet der Offizier das alles stillschweigend? Weiß in der Bundeswehr die Rechte nicht was die Linke tut?

Da stimmt doch etwas nicht! Ist es nicht etwa doch der Geist?! – Der Geist, der alles bewegen kann – und der auch alles zerstören kann!

Am 3. 8.:
FDJ-Vertreter beim Bundesjugendring.
Kommt es zu einem
gesamtdeutschen Jugendtreffen
in der Bundesrepublik?
In Frankfurt, Hamburg oder

DEUTSCHLAND- TREFFEN AN

RHEIN UND RUHR?

Seit dem 3. August ist über diese Frage in unseren Jugendverbänden die Diskussion entbrannt.

An diesem Tag überreichten zwei FDJ-Botschafter dem Bundesjugendring in Bonn ein Schreiben ihres Zentralrates, in dem die FDJ ihre Bereitschaft erklärt, „alle Initiativen, die im Interesse der Verständigung der deutschen Jugend liegen, zu unterstützen“. Die FDJ würde es begrüßen, wenn in absehbarer Zeit ein Jugendtreffen in der Bundesrepublik stattfinden und „wäre bereit, sich an einem solchen Treffen zu beteiligen“.

„Dazu müßte allerdings die Freizügigkeit für die wirklich offene Aussprache und die Möglichkeit einer gründlichen Information über das Leben der Jugend in der Bundesrepublik gegeben sein“, heißt es in dem Brief.

„Die FDJ-Vertreter bezogen sich“, wie es in einer Presseerklärung des Deutschen Bundesjugendringes heißt, „in ihren Ausführungen auf die Stellungnahme der 29. Vollversammlung des DBJR, die anlässlich des ‚Deutschlandtreffens der Jugend in Ostberlin‘ zu Pfingsten 1964 vom DBJR veröffentlicht wurde.“

In dieser am 25. 4. 1964 veröffentlichten Stellungnahme hieß es:

„1. Ein Treffen der Jugend aus Ost und West muß von einem Arbeitskreis vorbereitet und durchgeführt werden, in dem die Jugend ganz Deutschlands und alle in der Jugendarbeit wirkenden Kräfte angemessen repräsentiert sind.

2. Das Treffen muß in seinen Diskussionen für alle Überzeugungen und Auffassungen offen sein und darf nicht auf eine einseitige politische und weltanschauliche Betrachtungsweise ausgerichtet sein.

3. Die freiwillige und ungehinderte Teilnahme aller jungen Deutschen muß garantiert sein. Die Teilnehmer müssen Gelegenheit zum Besuch aller Veranstaltungen nach eigener Wahl haben.

4. Falls das Treffen in Berlin stattfinden sollte, müßten die Veranstaltungen in beiden Teilen der Stadt durchgeführt werden.“

Die offizielle Antwort des Bundesjugendringes auf den Vorstoß der FDJ lag bei Redaktionsschluß noch nicht vor. Aber die Chance, in naher Zukunft zu – von unseren Jugendverbänden jahrelang geforderten – offiziellen Gesprächen und Begegnungen mit der Jugend der DDR zu kommen, war selten so groß. In den letzten Monaten wuchs in den Jugendverbänden das Drängen, in dieser Frage endlich zu praktischen Schritten zu kommen. Das zeigte sich insbesondere anlässlich des Deutschlandtreffens Pfingsten in Ostberlin, an dem 24 000 junge Bundesrepublikaner teilnahmen und das echte Möglichkeiten für freie Diskussionen bot.

Übrigens: In den letzten Monaten häufen sich Studien- und Gruppenfahrten in die DDR: Studenten, Jungdemokraten, Christliche Junge Männer u. a. lassen sich nicht länger durch Bonner Tabus schrecken. Und das ist gut so.

Um so kriegerischer war die erste Reaktion des offiziellen Bonn zu dem Kontaktgespräch zwischen FDJ und Bundesjugendring. Die unverhohlene Drohung aus dem Innenministerium, Veranstalter und Teilnehmer eines solchen Treffens könnten sich nach geltendem Staatsschutzrecht strafbar machen und einreisende FDJ-Angehörige müßten mit Verhaftung rechnen, konnte nur als gezielter

Scharfschuß gegen das Bemühen der Jugend, aus den Schützengräben des kalten Krieges herauszukommen, verstanden werden.

Es gibt keinen Grund, ein Treffen zwischen jungen Leuten von hüben und drüben zu torpedieren, das im Geiste der Toleranz und Verständigung durchgeführt wird. Es gibt viele Gründe, für ein solches Treffen zu plädieren, das im Zeichen offener und freimütiger Diskussionen stehen würde und letztlich ein Beitrag zu gesamtdeutscher Entspannung, Verständigung und Koexistenz sein könnte.

Jeder Versuch kalter Krieger, die freie Entscheidung der Jugendverbände und des Bundesjugendringes zu reglementieren oder zu manipulieren, ist deshalb schärfstens zurückzuweisen.

elan hat sich nach dem 3. August in einer Umfrage an Persönlichkeiten des politischen und öffentlichen Lebens sowie an Jugendleiter verschiedener Verbände, die als Privatpersonen ihre Meinung sagen, mit folgenden Fragen gewandt:

1. Wie beurteilen Sie die Tatsache, daß erstmals seit vielen Jahren ein Gespräch zwischen Vertretern des DBJR und der FDJ in Gang gekommen ist?

2. Welche Haltung nehmen Sie zu dem zur Diskussion stehenden gesamtdeutschen Jugendtreffen (Deutschlandtreffen) ein?

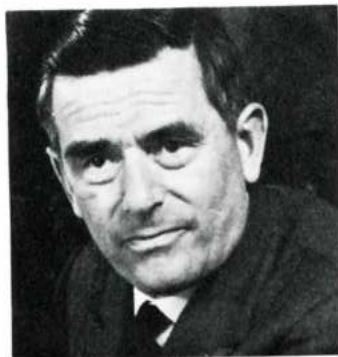
Auf den folgenden Seiten veröffentlichen wir die ersten Antworten.

Wir würden uns freuen, wenn auch Sie, lieber Leser, in dieser Diskussion, die wir in der nächsten Ausgabe fortsetzen, das Wort nehmen würden.

**PROF.
D. DR.
HEINRICH
GRÜBER**



**HISTORIKER
PROF.
GOLO MANN**



**MDb FDP
WILLY
MAX
RADEMACHER**



Zu der Begegnung selbst kann ich nur sagen, daß ich mich über jedes Gespräch freue, vor allen Dingen von jungen Menschen, weil diese leichter zu einer echten, unvoreingenommenen Diskussion kommen als die Alten. Die meisten Älteren sind ja irgendwie durch ein Trauma behaftet als ehemalige „Mitläufer“ oder „Fortge-laufene“ und darum nicht immer unbefangen. Es hat keinen Zweck, zusammenzukommen, wenn nicht die Voraussetzungen für ein **echtes** Gespräch vorhanden sind, d. h., man soll sich nicht „zusammensetzen“, nur um sich „auseinander-zusetzen“. „Zweibeinige Plattenspieler“ haben wir in Ost und West ausreichend, aber mit dem Abspielen von Schallplatten kommen wir nicht weiter. Leider haben wir ja auch darin den „Hit-ler in uns“ nicht überwunden und fallen allzu leicht wieder in den alten Fehler, Monologe zu halten. Ein echtes Gespräch setzt voraus: ein Subjekt, ein Objekt, einen Gesprächsgegenstand und eine gemeinsame Sprache. Daß man das Objekt – den Gesprächspartner – mit seinem Anliegen, seinen Absichten, seinen Beweggrün-den und seinen Idealen ebenso ernst nimmt wie sich selbst mit den eigenen Ideen und Idealen, ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für je-des Gespräch. Der Gesprächsgegenstand wird auch mitbedingt durch die Sprache. Die Frage ist, ob wir in Ost und West wirklich noch die-selbe Sprache sprechen bei dem Gebrauch der-selben Wörter. Die Sprachenverwirrung hat so-gar im Raum der Kirche, wo man um einen ge-meinsamen Ausgangspunkt und ein gemeinsa-mes Ziel weiß, so zugenommen, daß es auch sehr oft nicht zu einer Verständigung kommt. Wie schwer wird das erst recht im politischen Raum sein, wo keine gemeinsamen Vorausset-zungen gegeben sind.

Wenn Menschen sich zum erstenmal begegnen, die aus verschiedenen Lagern kommen und ver-schiedene Ideologien vertreten, dann sollte man nicht gleich mit der Erörterung von Fragen be-ginnen, die mit Explosivstoff geladen sind oder deren Tragweite man nicht ganz übersehen kann. Dazu würde ich für Jugendliche rechnen die Frage der Wiedervereinigung, des Friedens-vertrages und der Atomaufrüstung. Vielleicht ist eine echte Kontaktaufnahme dann am meisten gesichert, wenn man mit Fragen beginnt, an de-ren Lösung man gemeinsam interessiert ist. Mir scheint die vordringlichste Frage heute das „Halbstarkenproblem“ zu sein. Ohne eine be-friedigende Lösung des Problems und eine Über-windung der großen Krise nutzt die Lösung aller anderen Fragen auch nichts. Dieses „Halbstar-kenproblem“ wird ja in allen Ländern übersehen oder als zweitrangig betrachtet und trotzdem kann es zu Krisen führen, die nicht nur das be-treffende Land oder Volk erschüttern. Wir ha-ben dasselbe Problem in Amerika wie in Europa, vor allen Dingen in England. Es ist in beiden Teilen Deutschlands ebenso akut wie in den jun-gen afrikanischen Staaten und in den sozialisti-schen Ländern. – Als ich neulich nach langen Jahren wieder einmal in Prag war, war für mich der tragischste Eindruck die Scharen von „Halb-starken“, die sich auf dem Wenzelplatz bewog-ten, und die der früher so sympathischen Stadt ein verändertes Bild gaben.

Wenn eine westdeutsche Zeitung zu der ange-schnittenen Frage schreibt: „Die Jugend des Ostens kann nicht diskutieren, sondern nur pole-misieren“, dann sollten die Schreiber solcher Zeilen das Wort „Wiedervereinigung“ nicht mehr in den Mund nehmen. Was soll überhaupt eine Wiedervereinigung, wenn man dort nach der Wiedervereinigung mit Menschen zusam-mengeführt wird, die durch ihre Linientreue und Einsatzbereitschaft einen überrunden? Die an-dere Frage ist die, warum können von der west-lichen Seite nicht ebenso viele linientreue und einsatzbereite „demokratische“, „sozialistische“ oder „christliche“ Jugendliche als Gesprächspar-tner angeboten werden, die auch für ihre Mei-nung einstehen? Wer solchen Gesprächen aus-weicht oder den Rat gibt, solche Gespräche zu unterlassen, der hat ja auch kein Recht darauf, daß seine Sache einmal zum Siege kommt.

Jeder muß begrüßen, daß zwischen Vertretern des Deut-schen Jugendringes und der FDJ eine Begegnung stattfin-det. Die Voraussetzungen da-für, die der Deutsche Bundes-jugendring beschlossen hat, scheinen mir, wenn sie erfüllt werden, völlig zu genügen und gegen einen Mißbrauch der Sache durch die andere Seite befriedigende Garan-tien zu bieten. Was darüber hinaus noch die „Haltung“ der Vertreter der bundesdeut-schen Seite betrifft, so scheint sie sich mir eigentlich von selber zu verstehen. Völlig offen sein, aber gemäßigt im Ausdruck. Die Gesprächspar-tner menschlich achten, auch wenn man die politische Sache, an die sie nun mal ge-bunden sind und sein müssen, nicht achten kann. Aber selbst diese schlechte politische Sache so nuanciert sehen, wie sie ist; das heißt, nicht von vornherein glauben, oder gar betonen, daß man es mit Ver-tretern einer hundertund-einsprozentigen schlechten schwarzen Sache zu tun hat. Anständige Bestrebungen gibt es trotz allem schließlich auch in der Zone. Anderer-seits: Natürlich sich nicht be-trügen lassen, natürlich nicht am falschen Ort nachgeben, natürlich nicht um des lieben Friedens willen die Gegen-sätze verwischen, die da sind und tief sind. Nun, das ist alles reichlich banal. Aber wenn junge Leute sich treffen, guten Willens sind, die Ab-stracta vermeiden, um eine Zusammenarbeit, in beschei-denem Maßstab aber im Kon-kreten zu suchen, dann sollte doch etwas dabei herauskom-men. Zuviel darf man nicht verlangen.



**DD HEINZ
KLOPPEN-
BURG,
OBER-
KIRCHEN RAT**

Ich bin für jedes Treffen zwi-schen Ost und West, dessen Unabhängigkeit und Diskus-sionsfreiheit gewährleistet ist.

Bei meiner bekannten Einstel-lung stehe ich selbstverständ-lich einem Gespräch zwischen Vertretern der Jugend beider deutscher Teilstaaten positiv gegenüber.

Insbesondere begrüße ich den Punkt zwei, wonach das Tref-fen in seinen Diskussionen für alle Überzeugungen und Auf-fassungen offen sein muß und nicht auf eine einseitige po-litische und weltanschauliche Betrachtungsweise ausgerich-tet sein darf.

Wenn es meine sonstigen Verpflichtungen erlauben, ha-be ich mich bereits bei der ersten Meldung in der Presse entschlossen, so viel wie möglich als Gast an die-sem Jugendtreffen als Zuhö-rer teilzunehmen.

In der Hoffnung, daß von kei-ner Seite noch politische Schwierigkeiten auftauchen, wünsche ich Ihnen einen gu-ten Erfolg für Ihre Bemühun-gen.



**PFARRER
HORST
SYMANOWSKI,
MAINZ**

1. Das Gespräch zwischen dem Deutschen Bundesju-gendring und der Freien Deutschen Jugend soll geführt werden.

2. Wenn aus diesem Ge-spräch ein gesamtdeutsches Jugendtreffen wird – um so besser.

Die in Ihrem Brief genannten 4 Voraussetzungen (des Deut-schen Bundesjugendringes, d. Redaktion) sind vernünftig und klar.

ZUR PERSON:

PFARRER SYMANOWSKI, Industrie-Pfar-rer und Schriftsteller

**GERHARD
WEBER,
HAMBURG**

Das Zustandekommen von Kontaktgesprächen zwischen dem Deutschen Bundesjugendring und dem Zentralrat der FDJ ist nur zu begrüßen und wäre zweifellos ein guter Schritt auf dem Wege zu einer innerdeutschen Entspannung und Verständigung. Solange aber solche Versuche schon vorher im Osten wie im Westen unseres Vaterlandes mit den Kontakten im Grunde nur hinderlichem Ballast belegt werden, ist die Chance für ein Zustandekommen sehr gering. Jede propagandistische Begleitmusik ist genau so schädlich, wie schon vorher bekanntgegebene Gesprächsaufgaben über große politische Probleme. Eine Begrenzung der Diskussion auf die Vorschläge des Bundesjugendringes ist zunächst ratsam. Aus solchen sehr genau abgesteckten Vorgesprächen, könnte dann, bei Konzessionen von beiden Seiten und bei viel gutem Willen, der auch dazu gehört, ein gesamtdeutsches Jugendtreffen entstehen. Daß viele junge Menschen in der Bundesrepublik und in der DDR dem Gedanken eines solchen Jugendtreffens sehr positiv gegenüber stehen, dürfte jedem bekannt sein. Das Zustandekommen eines gesamtdeutschen Jugendtreffens rechtfertigt jede Anstrengung und Mühe und sollte die verantwortlichen Jugendvertreter bei uns und auch drüben erfinderisch machen im Blick auf die Überwindung von Kalten-Kriegs-Ressentiments und Vorurteilen.

**15
GRUPPEN-
LEITER
UND
BEZIRKS-
VOR-
STANDS-
MITGLIEDER
DER
„FALKEN“
BEZIRK
OST-
WEST-
FALEN**

Kontaktgespräche zu Vertretern des DBJR und der FDJ wären die folgerichtige Weiterführung dessen, was zahlreiche Gruppen der verschiedensten westdeutschen Jugendorganisationen seit geraumer Zeit praktizieren: Das Gespräch mit jungen Bürgern der DDR. Diese Gruppen haben die allerorts erhobene Forderung nach „geistiger Auseinandersetzung mit dem Kommunismus“ in die Tat umgesetzt. Man versuchte, ihnen böse Absichten zu unterstellen, da entspannungsfeindliche Kräfte in diesem Land unter geistiger Auseinandersetzung offenbar etwas anderes verstehen. In einigen Fällen machte man das Zustandekommen von Begegnungen durch behördlichen Eingriff unmöglich.

Um einer „Normalisierung“ des Verhältnisses zwischen den Jugendorganisationen Ost- und Westdeutschlands willen ist daher jedes Gespräch ihrer Vertreter zu begrüßen. Es ist eben heute bedauerlicherweise nicht normal, daß sich die deutsche Jugend auf kleinerer oder größerer Ebene trifft, daß sie den anderen Teil des Vaterlandes kennenlernen kann.

Warum eigentlich keine Fahrten der „Falken“ oder der Gewerkschaftsjugend nach Buchenwald oder Ravensbrück? Gibt es nur im Ausland Gedenkstätten des Naziterrors? Was spricht gegen den beruflichen Erfahrungsaustausch des jungen Metallarbeiters aus Schwedt mit seinem Kollegen in Essen? Ein ganzer Katalog offener Fragen liegt auf dem Verhandlungstisch. Die Vertreter des DBJR und der FDJ sollten sich daransetzen, um im Interesse der Jugend für deren gesamtdeutsches Gespräch, ihre gesamtdeutsche Begegnung, grünes Licht zu geben!

Das Pfingsttreffen der Jugend in Berlin hat allen berufsmäßigen Unkenrufen zum Trotz gezeigt, daß es die Jugend beider deutscher Staaten für selbstverständlich und notwendig hält, sich kennenzulernen und Bestandsaufnahme zu machen über trennende und gemeinsame Interessen. Der in Berlin dokumentierte Wille der deutschen Jugend nach Abrüstung, Entspannung und gesamtdeutschen Gesprächen war ermutigender Beweis für die Richtigkeit einer Politik der Verständigung!

Solange die Jugend in Deutschland sich trifft, um miteinander zu reden, wird sie nicht aufeinander schießen. DBJR und FDJ können einen entscheidenden Beitrag zur Verständigung in Deutschland leisten, wenn sie das große Gespräch der Jugend beider deutscher Staaten zu einer dauerhaften Einrichtung werden lassen. Warum sollen wir, die Jugend, nicht zeigen, wie man die Annäherung vollziehen kann?

Ein Deutschlandtreffen der Jugend unter Mitwirkung auch der westdeutschen Verbände? Wir sind dabei!

**HORST
KRÄMER,
SOLINGEN**

Ich freue mich darüber, daß das Gespräch zwischen DBJR und FDJ, das 1956 durch die Politik der Stärke der Bundesregierung abgebrochen werden mußte, nun wieder in Gang zu kommen scheint.

Wie sie wissen, entsandte meine Jugendorganisation zu Pfingsten eine Beobachterdelegation nach Berlin, die dort Eindrücke und Erfahrungen darüber sammeln sollte, ob Gespräche mit der FDJ möglich sind. Die Schlußfolgerungen unserer Delegation sehen so aus:

1. In der FDJ sind die politisch interessierten und aktiven Jugendlichen der DDR organisiert — auch die kritischen und oppositionellen. Wer menschliche Kontakte wünscht, die uns einer Verständigung näherbringen, die auch einen Liberalisierungsprozeß in der DDR dienen könnten, kann die FDJ nicht umgehen.
2. Die „Kontaktwünsche“ der FDJ-Führung werden von entsprechenden Wünschen der in der FDJ organisierten Jugend getragen — auch von den kritischen und oppositionellen.
3. Durch das Fehlen von Kontakten und damit von gesamtdeutschen Gesprächen ergibt sich bei solchen und ähnlichen Veranstaltungen wie dem „Deutschlandtreffen“ ein Fehlen von genügend qualifizierten Diskussteilnehmern. Es wird durch die bisher aufgetretenen „Westdeutschen“ ein ständiger Beitrag zur Reproduktion der Fehlvorstellungen über die bundesdeutsche Situation und Jugendarbeit geleistet.
4. Die Weigerung, Kontakte zur FDJ aufzunehmen, stellt objektiv eine Verhinderung der letzten noch möglichen Gespräche mit der Jugend der DDR dar.
5. Die Organe der Naturfreundejugend sollten prüfen, ob die Naturfreundejugend bereit sein könnte, a) im Bundesjugendring zu beantragen, daß frühere Beschlüsse des Bundesjugendringes, die Kontakte der Mitgliedsverbände zur FDJ untersagen, aufgehoben werden; b) Kontakte zur FDJ und dem Wander- und Bergsteigerverband der DDR aufzunehmen; c) zu den „Weltjugendfestspielen“ (Festival) und ähnlichen Veranstaltungen wie das „Deutschlandtreffen“ offizielle Beobachterdelegationen zu entsenden.

Dem wäre nur noch hinzuzufügen, daß die Kontakte ausgebaut werden müssen, um zu einem sachlichen Gespräch zwischen DBJR und FDJ zu kommen.

ZUR PERSON:

GERHARD WEBER, CVJM-Sekretär

HORST KRÄMER, Bezirksjugendleiter der Naturfreunde, Solingen

elan-interview mit Berthold Kiekebusch

Die Jugend sucht das Gespräch!

elan: Was halten Sie von einem gesamtdeutschen Jugendtreffen, wie es der DBJR vorgeschlagen hat?

Berthold Kiekebusch: Ich begrüße das Angebot des DBJR an die Jugend der DDR, ein gesamtdeutsches Jugendtreffen in der Bundesrepublik durchzuführen. Der vorgeschlagene Weg, in einem gemeinsamen Ausschuß, in dem alle Vertreter sein müssen, Einzelheiten zu erörtern und das Treffen für alle Meinungen offen zu halten, ist nach meinem Dafürhalten eine solide Diskussionsgrundlage.

elan: Glauben Sie, daß unsere Jugend ein solches Gespräch führen kann?

Berthold Kiekebusch: Ja! Daß die Jugend in beiden Teilen Deutschlands zu einem Gespräch über gemeinsame Probleme bereit und fähig ist, hat das Pfingsttreffen der FDJ in Ostberlin gezeigt. Die Jugend sucht das Gespräch! Würden wir sie nicht für fähig halten, wäre das eine Bankrotterklärung der politischen Bildungsarbeit der Vergangenheit.

elan: Könnte es Argumente geben, die gegen ein solches Treffen sprechen?

Berthold Kiekebusch: Ich halte sie für möglich, es kommt auf den Standpunkt des Beurteilenden an.

Für die DDR könnte die Möglichkeit der Republikflucht ein Grund

sein, für die Bundesrepublik die Anerkennung der DDR. Ich hoffe aber, daß beide Regierungen positiv dem Jugendtreffen begegnen und nicht aus verschiedensten, denkbaren und bekannten Gründen die geplante Begegnung scheitern lassen.

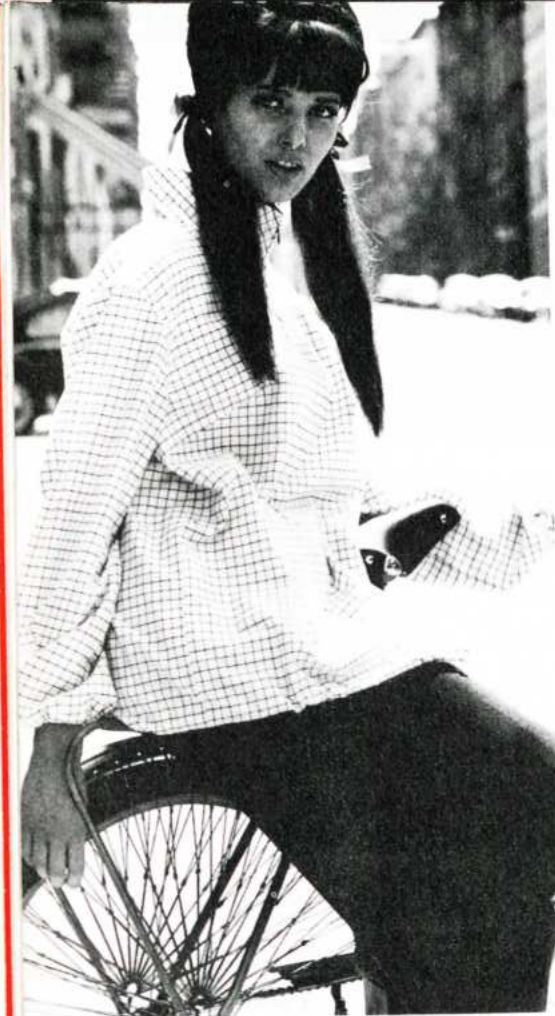
elan: Was erwarten Sie von einem gesamtdeutschen Jugendtreffen?

Berthold Kiekebusch: Wenn ich ein solches Treffen befürwortete, dann nicht, weil ich hochgeschraubte Erwartungen habe oder an besondere Erfolge glaube. Daß das Jugendtreffen in der Bundesrepublik stattfinden soll, freut mich und ich frage mich, warum konnte uns die Idee nicht schon früher kommen? Eine Demokra-

tie bedarf mutiger Menschen, erfordert eigene Initiativen auch in der Auseinandersetzung Ost – West. Besser miteinander sprechen, als in oftmals unbegründeten Vorurteilen und Feindschaften zu koexistieren. Laßt die Jugend miteinander sprechen, ihre Sprache ist unkomplizierter, und sie sagt auch, was sie denkt. Vielleicht ist ein gesamtdeutsches Jugendtreffen geeignet, die „innen- oder außenpolitisch“ festgefahrene deutsche Frage wieder etwas zu beleben. Außergewöhnliche Tatbestände fordern außergewöhnliches Handeln. Wiedervereinigung? Ja! – Dann Mut, liebe Freunde!

ZUR PERSON:

Berthold Kiekebusch ist Bundesjugendsekretär der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr.



Sieht dieser hell gemusterte Anorak nicht hübsch aus? Praktisch ist er obendrein. Das Material Cottonova-Baumwoll-Flanell kann gewaschen werden und ist bügelfrei.



Gemütlich und chic ist diese handgearbeitete Jacke. Beim Spaziergang, aber auch zu Hause sehr praktisch.



An der Hausbar läßt sich dieser Florex-Velourkittel ausgezeichnet tragen. Das Karomuster wirkt sportlich.

Herbst, Hosen und anderes...

FOTOS: map/Arthur



Für den Morgen: Der modische Bademantel. Welcher von beiden würde Ihnen gefallen?

Unterwegs korrekt und sportlich gekleidet mit diesem Raglan-Mantel aus Comtal-Tergal. Gefällt „er“ Ihnen?



BEI UNS GILT DER MENSCH NICHTS



Im Arbeitskreis junger Gewerkschafter der IG Metall Köln kommen alle 14 Tage junge FORD-Arbeiter zusammen, um über Betriebs- und Gewerkschaftsfragen, aber auch über politische Probleme, zu diskutieren und sich zu schulen. Bekannte Referenten waren im Arbeitskreis zu Gast.

Im Arbeitskreis junger Gewerkschafter sprach elan mit FORD-Arbeitern, Betriebsräten und Vertrauensleuten über die Schinderei am Fließband, über Löhne und Ausbeutung.

Fortsetzung auf Seite 16

elan: Wir freuen uns über die Gelegenheit, diesmal ein Gespräch mit jungen FORD-Arbeitern führen zu können. Ist FORD eine „Knochenmühle“ oder eine „soziale Musterfarm“, haben wir in unserer Reportage gefragt. Sind Sie mit Ihren Löhnen und den Arbeitsbedingungen bei FORD zufrieden?

ADDI AY: Die Arbeitsbedingungen bei FORD sind im wesentlichen den in der Automobilindustrie herrschenden gleich. Nur mit dem Unterschied, daß die Leistungsanforderungen bei FORD wesentlich höher liegen, als in anderen vergleichbaren Betrieben und die Arbeitsbedingungen stärker ins Negative gedrängt werden. In der Vergangenheit hat die Mär eine große Rolle gespielt, daß die FORD-Arbeiter wesentlich höhere Löhne als andere Automobilarbeiter erhalten. Das mag vor etwa zwei Jahren noch so gewesen sein. Heute kann man in anderen Betrieben wesentlich mehr verdienen. Auf der letzten Betriebsversammlung wurde durch den Betriebsrat bewiesen, daß ein Lohnunterschied von 70–80 Pfennig in den einzelnen Gruppen zwischen dem VW-Werk und FORD besteht. Durch dieses Beispiel erkannten unsere Kollegen, daß es mit dieser Mär nicht weit her sein kann.

elan: Was ist nun die Ursache dafür?

NORBERT HOYN: Unser Lohnbewertungssystem stimmt nicht mehr. Die Lohnfindungsmethoden sind für diesen Betrieb nicht mehr passend. Das ist ein Problem, das auch die IG Metall erkannt hat. Sie hat einen Lohnrahmenvertrag als Tarifvertrag vorgelegt.

ERNST LUCK: Das ganze System paßt einfach für einen hochindustrialisierten Betrieb nicht mehr. Wir müßten zu einem ganz neuen System kom-

men, vielleicht wie in der amerikanischen Industrie. Es darf nicht so sein, daß der Mensch für die Maschine da ist, vielmehr muß die Maschine für den Menschen da sein. Von diesem Gesichtspunkt aus müssen die Arbeitsbedingungen eingerichtet werden. So gehört z. B. bei der Bandarbeit viel Geschicklichkeit und nur wenig Qualifikation dazu, um die notwendigen Arbeiten zu verrichten. Fachliche Erfahrung ist gar nicht mehr gefragt. Die Anlernzeiten sind daher auch nicht sehr groß. Beim Band kommt noch folgendes hinzu: Wegen der hohen Beanspruchung müßten Kurzpausen eingeführt werden. Es wäre notwendig, die Bänder am Tage zweimal für zehn Minuten abzustellen, damit sich die Kollegen echt erholen können. Die Bandarbeit ist viel schlimmer als Akkordarbeit.

elan: Wird dadurch nicht die Unfallquote erhöht? Setzen sich die Arbeiter nicht großen Gefahren aus?

HANS-JURGEN SCHULZ: Natürlich. Durch das ganze Arbeitssystem werden zwangsläufig Sicherheitsbestimmungen nicht beachtet. Geschwindigkeitsbegrenzungen für den Werksverkehr (Gabelstapler jagen durch die einzelnen Hallen), als auch für die soeben produzierten Wagen, können nicht eingehalten werden, da sonst die Arbeit zum Stoppen kommt. Das bedeutet: Weniger Gewinne! Aber die Unfallgefahr wird dadurch enorm erhöht.

elan: Es wird soviel vom hohen Tempo am Band gesprochen ...

HANS-JURGEN SCHULZ: ... die Geschwindigkeit des Bandes bei FORD ist vielleicht sogar die schnellste in Europa. Ich kann aus Erfahrung sprechen, daß die einfachsten Arbeiten noch nicht einmal bei einer Einarbeitungszeit von vier Tagen zu

schaffen sind. Das wird dadurch erschwert, daß man Ausländer in vermehrtem Maße bei uns einstellt. In meiner Halle sind ca. 50 Prozent ausländische Mitarbeiter beschäftigt. Ein Beispiel von vielen: Ein türkischer Gastarbeiter wurde in diesen Tagen eingestellt. Er brachte überhaupt keine Erfahrungen mit und sollte innerhalb von drei Tagen angelernt werden. Das ist unmöglich! Der Meister sagte jedoch am dritten Tag: „Heute ist der letzte Tag, an dem ich ihm jemand zur Seite stellen kann. Morgen muß er es können.“

ERNST LUCK: Ebenso unzureichend ist die Springerregelung (Springer werden eingesetzt, wenn Arbeiter die ihnen zustehende persönliche Verteilzeit in Anspruch nehmen, wie z. B. Trinken, Besuch der Toilette u. a. m.). Eine neue Springerregelung ist notwendig bzw. jeder Arbeiter müßte seine persönliche Verteilzeit haben. Ich glaube, dann wäre das Betriebsklima bedeutend besser. Der Druck zur Arbeitsleistung kommt nicht vom Meister, sondern entspricht dem ganzen Arbeitssystem.

HANS HENK: Ich möchte zunächst einiges zur Stellung des Meisters sagen. Ich weiß nicht, ob es in der Industrie auch so viele Meister gibt wie bei Ford. Der Meister bei Ford muß für die Erfüllung des Produktionssolls sorgen. Da denkt man unwillkürlich an einen 5-Jahr-Plan der Ostblockstaaten. Aber oft gibt es bei uns ein Produktionssoll, das am grünen Tisch festgelegt worden ist. Hauptsache, das Soll wird erfüllt.

Den Meistern wird beigebracht, wie sie die Arbeiter unter Kontrolle halten, wie sie ihnen die Meinung aufdiktieren und Kritik niederhalten können. Hauptsache, das Soll wird erfüllt. Der Meister gewinnt „oben“ nicht an Ansehen, wenn er viele Unfälle zu verzeichnen hat oder sich mit den Ar-



Die Kündigung kam am Heiligabend. Immer Ärger mit den Springern. Nur Junge halten sich am Band. Alle in einem Boot: „Sie steuern, und wir müssen rudern!“, sagt Addi Ay.

Fortsetzung von Seite 15

beitern gut versteht. Er ist oben gut angesehen, wenn bei ihm ein paar Wagen mehr vom Band kommen. Das ist System. So wird der größte Profit herausgeholt.

Ich glaube, daß in den Ostblockstaaten – ich kenne das nicht selbst – trotz Produktions-Soll immer noch human an die Sache herangegangen wird. Bei uns aber gilt der Mensch nichts mehr.

elan: Wir wollen mal kurz zusammenfassen: Sie sagen, der Mensch ist so in den Arbeitsprozeß eingespant, daß ihm keine Zeit für persönliche Bedürfnisse (00 usw.) bleibt. Aber natürlich muß man innerhalb von acht Stunden mal aufs Klo. Das kann man doch nicht ignorieren? Oder?

HANS HENK: Mitunter muß man ein bißchen brutal sein. Wenn ich mal austreten mußte, habe ich dem Meister Bescheid gesagt. Nach fünf Minuten meldete ich mich noch einmal, und wenn er mir dann immer noch nicht freigegeben hatte, ging ich einfach.

HANS-JURGEN SCHULZ: Man kann von einem Menschen nicht verlangen, daß er auf die Minute sagen kann, ich muß dann und dann. Fest steht, daß es zuwenig Springer gibt. Und die wenigen Springer werden oft zweckentfremdet eingesetzt. In unserer Halle klappt die Springerregelung, aber das ist wohl auch die einzige Halle im ganzen Betrieb.

HANS HENK: Wir hatten mal die Regelung, daß das Band für einen kurzen Zeitraum abgestellt wurde. Sie wurde aber plötzlich aufgehoben. Der Betriebsrat konnte nichts dagegen tun, da zwar von einer Arbeitsunterbrechung von zweimal zehn Minuten die Rede war, aber nicht von einem Abstellen des Bandes.

MANFRED TRYBUL: Man muß sich nach dem Meister richten, sonst ist man immer der Dummere. Man hat dann keine Aussichten mehr, auf einen besseren Arbeitsplatz versetzt zu werden ...

HANS HENK: (lacht) ... das ist die typische Einstellung. Wir sollten aber nicht die Meister so madig machen. Ich kenne einige, die selbst mit am Band stehen, um die geforderte Leistung zu bringen. Sie haben zuwenig Leute. Und Angst um ihren Posten, wie jeder andere. Denn schafft er das Soll nicht, bekommt er von seiner höheren Stelle etwas zu hören.

ADDI AY: Die Betriebsleitung wird keinen Meister akzeptieren, der seine Stückzahlen nicht erzielt. Er wird abgelöst. Ersatz ist schnell beschafft. Der Meister hat nur das zu machen, was für FORD Profit bringt.

elan: Das Durchschnittsalter des FORD-Arbeiters liegt bei ca. 32 Jahren, bei den Bandarbeitern noch niedriger. Wie kommt das? Schaffen die Älteren das Tempo nicht mehr?

ERNST LUCK: Die Taktabstände sind dermaßen kurz, daß sie ein Älterer nicht bewältigen kann. Oder: Wie soll ein älterer Arbeiter acht Stunden lang Arbeiten in der Arbeitsgrube verrichten, wo er während der ganzen Zeit mit den Händen über dem Kopf arbeiten muß? Die Anforderungen sind schon für einen 40jährigen zu hoch.

elan: Wir haben in unserer FORD-Reportage das Wort „Ausbeutung“ gebraucht.

ERNST LUCK: Ich glaube, das trifft nicht nur für FORD zu. Das ist in der ganzen kapitalistischen Welt so. Der Arbeiter wird nur solange gehalten,

wie er dem Kapitalisten, also dem Unternehmer, Verdienst bringt. Dies ist ein brutales, mit dem Kapitalismus verbundenes Gesetz. Man hat auch keine Hemmungen, einen Arbeiter, der jahrelang seiner Arbeit treu und brav nachgegangen ist, fristlos zu entlassen.

HANS HENK: ... und das Übel ist: Das ist sogar gesetzlich erlaubt! Im Gesetz steht, daß der Unternehmer rausschmeißen kann.

ADDI AY: ... zum Beispiel bei Krankheit ...

HANS HENK: ... und wer das Gesetz in seinen Händen weiß, wird es auch nutzen. Den Unternehmern liegt doch nichts an den Menschen. Sie denken nur an ihren Profit.

elan: Aber gerade von den Unternehmern wird doch oft und gern von Sozialpartnerschaft gesprochen, und davon, daß wir alle in einem Boot sitzen?

ADDI AY: Ja, wir sitzen alle in einem Boot, aber wir rudern und die anderen steuern. Ein Beispiel, das hierher paßt, und den Geist des Kapitalismus klar erkennen läßt: Die Firma FORD schickte einem langjährigen, verdienten Mitarbeiter, der 32 Jahre lang für FORD geschuftet hat, am Heiligen Abend die Kündigung wegen Erreichung der Altersgrenze ins Haus. Dieser Arbeiter ist in diesem Jahr 65 geworden; er stand also kurz vor der Pensionierung. Trotzdem kündigte man ihm am Heiligen Abend. Mit Recht hat mir dieser Arbeiter gesagt: „So ist das Kapital! Erst darfst du 32 Jahre für sie arbeiten und dann bekommst du einen Tritt in den Hintern!“ – Von FORD I. stammt ein schöner Spruch: „Im Mittelpunkt steht der Mensch!“ Er ist, wie Sie in Ihrer Reportage referierend geschrieben, zu all dem hier gesagten blutiger Hohn!

Ein interessanter Film
der DEFA

Der geteilte Himmel

Das Jahr 61. Eine große Industriestadt in der DDR. Der leere Hof eines Waggonwerks. Ein Mädchen mit einer Werkzeugkiste geht über den Hof. Vor einem rangierenden Waggon bricht sie zusammen. So beginnt der DEFA-Film „Der geteilte Himmel“, der nach dem gleichnamigen Erfolgsroman von Christa Wolf entstand. „Wir haben uns lange in dem Betrieb herumgetrieben, in dem der Film spielt“, sagte mir Conny Wolf, der Regisseur dieses hochinteressanten Streifens. Das Bestreben seiner jun-

gen Truppe sei gewesen, echte Probleme anzupacken. Wolf stellt uns in diesem Film keine Bilderbuch-Helden vor, sondern Menschen aus Fleisch und Blut, mit Sorgen und Problemen, mit guten und schlechten Seiten. So kam ein Film zustande, der über die heutige DDR interessante Aussagen bietet. Und dem man deshalb eine ungehinderte und unzensurierte Einreise in die Bundesrepublik wünschen möchte. Er könnte eine Brücke schlagen zum besseren Kennen- und Verstehenlernen der Verhältnisse in einem Staat, von dem wir weniger wissen als über Neuseeland und Japan. Von Conny Wolfs Qualitäten als Film-Regisseur konnten sich übrigens unsere Zuschauer bereits überzeugen. Vor Jahren lief in unseren Lichtspielhäusern sein Film „Sterne“.

- 1 Mit Manfred kommt die Liebe in das Leben der Rita Seidel.
- 2 Manfred ist ein begabter Chemiker, aber er hat Schwierigkeiten.
- 3 Er geht in den Westen, sie bleibt. – Eine Liebe zerbricht.



Ein Streifen über Wahlen
made in USA.

Der Kandidat

In westdeutschen Lichtspielhäusern ist ein amerikanischer Film angelaufen, der bei den Filmfestspielen in Cannes beträchtliches Aufsehen erregte, im offiziellen Programm aber nicht zu finden war: „Der Kandidat“. Der Streifen berichtet von einem Kongreß, auf dem der Präsidentschaftskandidat nominiert wird. Zwei Männer stehen sich gegenüber: Rus-

sel, der durch ehrliche Methoden gewinnen will. Widersacher Cantwell versucht durch unsaubere und erpresserische Methoden sein Ziel zu erreichen.

Der Kinobesucher denkt an die Wahl von Barry Goldwater zum Präsidentschaftskandidaten. Er kennt die Schlagzeilen der Zeitungen, die über die Wahlkampagne Goldwaters berichten. Wie im Film wurde auch dort hinter den Kulissen mit unsauberen Mitteln um hohen Einsatz gespielt. Goldwater war nicht kleinlich in seinen Methoden, die man durchaus unsauber und skrupellos nennen kann. Seine Äußerungen verursachten eine Gänsehaut. Parteifreunde bescheinigten es ihm.

Daran wird so mancher Kinobesucher erinnert, wenn er diesen Streifen sieht. Das Ergebnis des Films kann nicht befriedigen – ein dritter Kandidat gewinnt schließlich das Rennen. Bleibt die Hoffnung, daß er ein guter Präsident wird.

Der Film schildert die unsauberen Methoden – mehr nicht. Aber immerhin ist er ein interessanter Beitrag zum Thema: Wahlen – made in USA.

Senator Joe Cantwell glaubt fest an seine Nominierung. Ein Außenseiter wird jedoch das Rennen machen.

W. M.



Plauderei über Cocktails

Dem amerikanischen Farmer O'Connor war sein Lieblingsgockel entflohen. „Er hatte den schönsten cocktail (engl. = Hahnen-schwanz), den ich je sah“, fluchte er. Er schwor, er wolle das ganze Dorf bewirten, wenn er sein Hähnchen wiederbekomme. Der Hahn fand sich wieder ein. O'Connor aber schüttete alles, was er an Alkohol zu bieten hatte, in einen Eimer. An diesem „Cocktail“ labte sich das Dorf drei Tage lang. Das ist eine von vielen Stories über die Entstehung des Cocktails.

Kalt muß er sein.

Faustregel Nr. 1: Er muß kalt sein.

Zu einem Mixgetränk, das erfrischen soll, gehört Eis. Faustregel 2: Harte Sachen mischt man nicht. Falls doch, empfiehlt es sich, dem Gast gleich Kopfschmerzpillen dazu zu servieren. Faustregel 3: Kräftig schütteln.

Hier einige Rezepte für die Party-Zeit:

Farmer Punsch (sehr erfrischend): ein Long Drink: Saft je einer halben Zitrone und Orange, 2cl Rum, je 3 Spritzer Cointreau und Grenadine, etwas Soda, Eis. Kirsche, Zitronen- und Orangenscheibe.

Whisky Sour: Saft 1 Zitrone, 4 cl Whisky, 1 Kirsche. Statt Whisky

kann man auch Cognac, Rum oder Gin nehmen.

Side Car: Viertel Zitrone, 1/4 Cointreau und 1/2 Weinbrand.

Ananas-Bombe: Man höhlt die Frucht aus, gibt den ausgepreßten Saft hinein und gibt 2 cl Gin und Eis hinzu und füllt mit Soda auf. Preiswert!

Driver Flip: (alkoholfrei, für Kraftfahrer) 1 Ei, Saft je einer Zitrone und Orange, 2 cl Grenadine.

Negrita-Lady: 2 cl Curacao, 1 cl Rum, 1 cl Orangensaft und 1 cl Zitronensaft, Eis. mit Sekt auffüllen.

elan



an
der
Strippe

Zum heiklen Thema „Anti-Baby-Pille“ befragten wir den Dortmunder Frauenarzt Dr. med. Rosenkranz:

Ja zur Anti-Baby-Pille?

Die Anti-Baby-Pille ist in der wissenschaftlichen Forschung seit 7 Jahren in der Erprobung, in Amerika seit 5 Jahren im praktischen Gebrauch und in Deutschland seit 3 Jahren im Handel. Man nimmt an, daß in Deutschland monatlich 2 Millionen Frauen davon Gebrauch machen, während es in Amerika bereits 15 Millionen sind. Wenn die Tabletten genau nach Vorschrift genommen werden, sind sie in ihrer Wirkung 100%ig sicher. Der einzige Versager, den ich in drei Jahren erlebt habe, ist auf eine nicht zeitgerechte Anwendung zurückzuführen. Natürlich bedeutet die Anwendung dieser Tabletten eine Vergewal-

tigung der Natur. Die Methode der Anti-Baby-Pille ist eine Steuerung der Hormone von außen her. Das kann auf die Dauer gewisse Rückwirkungen haben, die aber bis jetzt noch nicht festgestellt wurden. Das eine aber ist sicher, wenn die Tabletteneinnahme unterbrochen wird, dann nimmt die Natur sofort ihre eigene Steuerung wieder auf, was ebenfalls bedeutet, daß die Pille keine direkte schädliche Auswirkung hat. Von gewissen kirchlichen Kreisen wird aus ethischen und moralischen Gründen ein Unterschied darin gemacht, ob verheiratete oder unverheiratete die Anti-Baby-Pille bekommen sollen. Diese Unterschei-

dung ist meiner Ansicht nach ungerechtfertigt, denn sie nimmt den betreffenden Personen die eigene Entscheidung ab und greift in ihre intimste Privatsphäre ein. Es muß jeder selber wissen, ob er die Tabletten einnehmen will oder nicht. In der Ausgabe der Anti-Baby-Pille auch an unverheiratete sehe ich das weit kleinere Übel als in dem kriminellen Abort. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben bewiesen, daß mit dem größeren Verbrauch der Anti-Baby-Pillen die Abtreibungen deutlich zurückgegangen sind.

Die Erfahrung der Jugendzieher beweist, daß auch junge Menschen miteinander intime Beziehungen haben. Ich sehe nicht ein, warum man diesen jungen Menschen den Schutz und die Hilfe vor einer unerwünschten Schwangerschaft versagen soll. Natürlich sollte der Arzt in einem Gespräch bemüht sein, herauszufinden, ob dem Jugendlichen die Entscheidung Anti-Baby-Pille oder kein intimer Verkehr wirklich deutlich ist.

Bücher

IM MITTELPUNKT DIESES ROMANS stehen junge Menschen, 17-20jährige und ihre Probleme und Schwierigkeiten. Die Hauptperson ist Monika, die gerade die Schneiderlehre angetreten hat. Die Umstellung von der Schule zum harten Berufsleben kostet sie manche Träne. Neben den beruflichen Problemen gibt es die der ersten Liebe. Der Roman von Annemarie Fromme-Bechem gibt das wieder, was junge Menschen in unserem technisierten Zeitalter denken, fühlen und erleben. (DOCH EIN JAHR HAT VIELE TAGE von Annemarie Fromme-Bechem, Erich-Schmidt-Verlag, 176 Seiten, Leinen 7,60 DM)

WO STEHEN WIR HEUTE? lautet die Frage, mit der sich zwanzig bekannte Autoren in diesem Buch beschäftigen. Albert Schweitzer ist ebenso vertreten wie Max Born, Friedrich Heer, Martin Buber, Helmut Schelsky, um nur einige zu nennen. Der Physiker, der Arzt, der Politiker, der Theologe, kurz, die verschiedensten Richtungen und Standpunkte sind vertreten. Was jedoch dieses Buch wertvoll und lesenswert macht, das ist die Tatsache, daß hier der wichtigsten Frage unserer Zeit, der Frage nach Krieg und Frieden nicht ausgewichen wird. (WO STEHEN WIR HEUTE? C. Bertelsmann-Verlag, Gütersloh)

DER TEUFEL AUF DEN HÜGELN ist der Titel eines widersprüchlichen Romans von Cesare Pavese. Widersprüchlich wie die Gesellschaft und Umwelt, in der Pavese seine Roman-Helden angesiedelt hat. Wie ein roter Faden zieht sich durch dieses Buch die Frage junger Leute nach dem Sinn des Lebens, nach Idealen, die ihnen ihre Umwelt nicht bieten kann. Ein interessantes, ein lesenswertes Buch – so darf man sagen, ohne zu verhehlen, daß es manches gibt, was zum Widerspruch herausfordert. (DER TEUFEL AUF DEN HÜGELN von Cesare Pavese, Claassen-Verlag Hamburg, Preis 13,80 DM)

JEDE MENGE FÜR FROHE STUNDEN bietet dieser kleine Band des Buchner-Verlages. Sprachliche Scherz, Zungenbrecher, Rätsel, Denksport, Quiz, Gedichte, Witze, Spiele, kurzum alles, was man braucht, um Gruppenabende oder häusliche Feste etwas interessanter und vielseitiger zu gestalten. Also für alle, denen nichts eigenes einfällt, einmal „Die Wucht in Dosen“. (DIE WUCHT IN DOSEN von R. Sauer, Dr. Heinrich Buchner-Verlag, 223 Seiten, Paperback, 7,80 DM)

UM HAARESBREITE löst der Kommandant eines Raketenstützpunktes bei einer Übung den Angriffs-Mechanismus aus, der, einmal in Gang gesetzt, nicht mehr zu stoppen sein würde. Wir werden Zeugen einer erfolgreichen Karriere, tragischer menschlicher Schicksale, wir werden mit der Frage konfrontiert, was geschehen kann, wenn durch politisches oder menschliches Versagen eine hochmoderne Kriegstechnik in Bewegung gesetzt wird. (UM HAARESBREITE, Beatty, 352 S., Wolfgang Krüger-Verlag, Preis 15,80 DM)

HEILIGENSTAEDTS HERREN-BREVIER ist ein freches, kleines Büchlein mit Geschichten, die selbst schon fast Geschichte sind: Egon Erwin Kischs „Reportage aus einem Heim für gefallene Mädchen“, Kurt Tucholskys „Lottchen beichtet 1 Geliebten“, Simon Carmiggelts „Mädchen“. Und mon Carmiggelts „Mädchen“. Und ein Schock heiter-frivoler Anekdote, von denen allerdings einige schon recht bärzig zu sein scheinen. Fast hätten wir vergessen, über Kurt Heiligenstaedts flotte Evas-Töchter zu schmunzeln. Überlassen wir's den Lesern, denen wir viel Spaß bei der Lektüre wünschen. (HEILIGENSTAEDTS HERRENBREVIER, Fakeltträger-Verlag, Hannover)

Weltforum in



MOSKAU

Moskau, 16. September.
An diesem Tag beginnt im „Großen Kremlpalast“ ein „Weltforum der Jugend“. Unser Verleger Karl Heinz Schröder, der auf Einladung des sowjetischen Journalistenverbandes drei Wochen lang die Sowjetunion bereiste, hatte Gelegenheit, mit dem sowjetischen Vertreter im Internationalen Vorbereitungskomitee, Herrn Alexander Brytschkow, ein Gespräch über dieses Forum zu führen.



Im nächsten elan

Karl Heinz Schröder berichtet von einer Reise durch Kasachstan und Tadshikistan, durch Gebiete der Sowjetunion, die erst in jüngster Zeit für Touristen aus dem Westen erschlossen wurden.

elan: In wenigen Wochen beginnt in Moskau das „Weltforum für die Solidarität der Jugend und Studenten im Kampf für nationale Unabhängigkeit und Freiheit, für den Frieden“. Wie kam es zu diesem Forum?

Alexander Brytschkow: Auf Initiative von Jugend- und Studentenorganisationen aus 57 Ländern, die im Februar dieses Jahres an der internationalen Jugendkonferenz für Frieden, Abrüstung und nationale Unabhängigkeit in Florenz teilnahmen, wurde im April dieses Jahres in Moskau die konstituierende Sitzung des Internationalen Vorbereitungskomitees des Weltforums der Solidarität der Jugend und Studenten im Kampf um nationale Unabhängigkeit und Befreiung, für Frieden durchgeführt. Die konstituierende Sitzung, an deren Arbeit sich 103 Jugend- und Studentenorganisationen aus 62 Ländern sowie eine Reihe regionaler und internationaler Jugendorganisationen beteiligten, beschloß, das Weltforum in Moskau vom 16. bis 23. September 1964 durchzuführen. Auf der konstituierenden Sitzung des internationalen Vorbereitungskomitees des Forums wurden drei Dokumente angenommen:

1. Ein Aufruf an alle Jugend- und Studentenorganisationen der Welt sowie an Persönlichkeiten des staatlichen und öffentlichen Lebens;
 2. Eine Resolution über das Programm des Forums, die den Charakter des Forums, die Richtung seiner Arbeit und der Diskussionen bestimmt;
 3. Die Verfahrensregeln.
- Das Internationale Vorbereitungskomitee wählte ebenfalls ein Ständiges Sekretariat, dem Vertreter aus zwölf Ländern und zwei internationalen Organisationen angehören.

elan: Welches Ziel verfolgt dieses Weltforum?

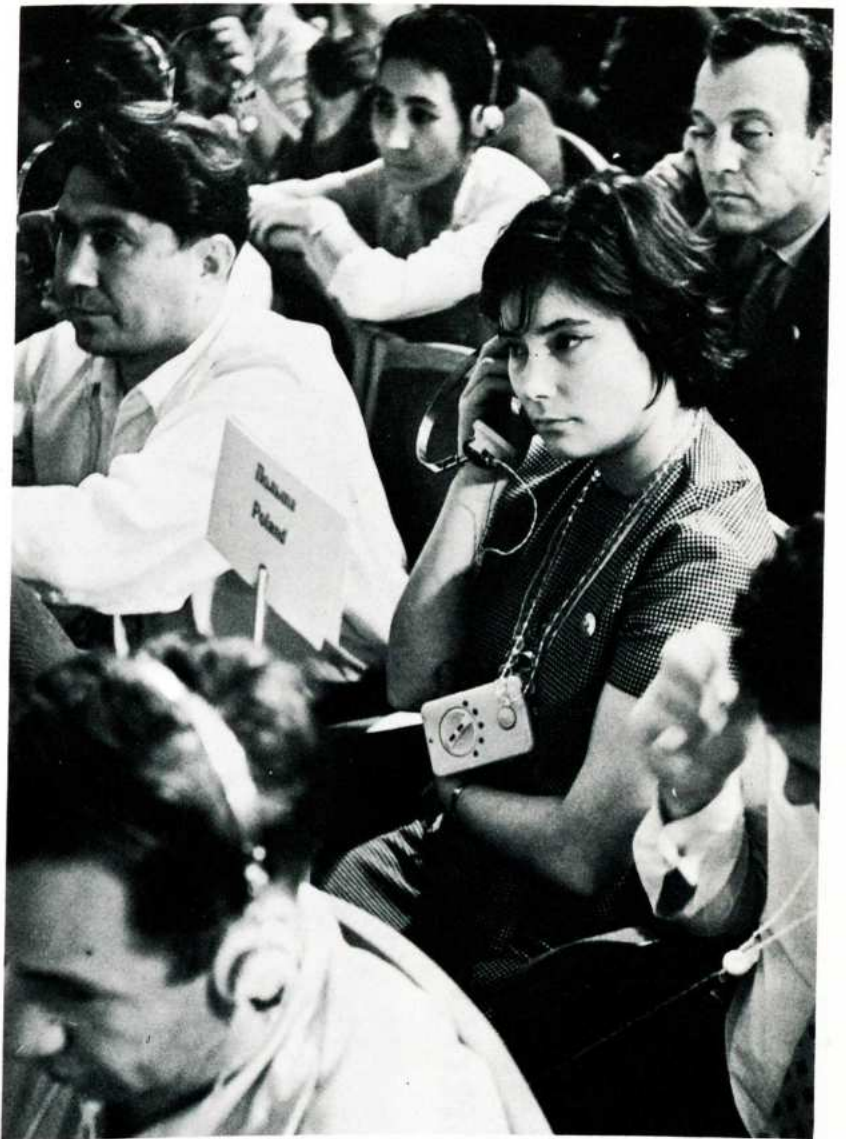
Alexander Brytschkow: Als die Teilnehmer der konstituierenden Sitzung beschlossen, ein Weltforum einzuberufen, gingen sie von dem Streben aus, ihre Solidarität mit der Jugend der Länder, die für ihre nationale Unabhängigkeit und Befreiung kämpfen, Ausdruck zu verleihen, ein konkretes Hilfsprogramm für die Jugend dieser Länder auszuarbeiten sowie Probleme der Festigung des Friedens, der Abrüstung und der Verminderung der internationalen Spannungen, darunter Fragen der Festigung des Friedens in Europa und der friedlichen Lösung der deutschen Frage, zu diskutieren.

elan: Wer kann am Forum teilnehmen? Können auch die Jugendorganisationen der Bundesrepublik an dieser Begegnung teilnehmen? Was sind die Bedingungen zur Teilnahme der Organisationen am Forum?

Alexander Brytschkow: Punkt 1 des Reglements des Forums lautet: „Das Weltforum der Solidarität steht allen zur Teilnahme offen im Geiste der völligen Gleichheit und der gegenseitigen Achtung aller örtlichen, nationalen, regionalen und internationalen Jugend- und Studenten-, gesellschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen, der Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens der verschiedenen Länder, die den Kampf der Völker um nationale Unabhängigkeit und Befreiung, für Frieden unterstützen.“ Somit kann sich am Forum praktisch die absolute Mehrheit der Jugend- und Studentenorganisationen der verschiedensten Länder beteiligen. Alle wesentlichen Jugendorganisationen der Bundesrepublik haben eine Einladung zum Forum erhalten und können natürlich, wenn sie es wünschen, einen Beitrag zu seiner erfolgreichen Arbeit leisten.

elan: Herr Brytschkow, wir danken für dieses Gespräch.

WELTFORUM 1961 in Moskau



Behnam Petros aus dem Irak berichtete anlässlich eines Besuches in unserer Redaktion vom neuesten Stand der Vorbereitungen. Herr Petros ist Mitglied des ständigen Sekretariats des Weltforums für Solidarität der Jugend und Studenten.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt haben über 300 Organisationen aus 108 Ländern ihre Teilnahme am Forum zugesagt. Natürlich erwarten wir noch weitere Anmeldungen, da sich verschiedene Jugendorganisationen erst einen Überblick über die teilnehmenden Verbände verschaffen möchten.

AUS ALLEN STAATEN AFRIKAS

Interessant ist vielleicht die Tatsache, daß aus allen afrikanischen Staaten Anmeldungen vorliegen. Aber auch aus den lateinamerikanischen, asiatischen und europäischen Ländern liegen in sehr vielen Anmeldungen vor. In einigen Ländern wurden inzwischen Nationale Vorbereitungskomitee geschaffen, z. B. in Japan, Togo, Griechenland, Schweden, Bolivien, Brasilien, Mauritius, DDR. Das japanische Komitee, in dem u. a. die Sozialistische Jugend und der Jugendverband der größten japanischen Gewerkschaft SOHO mitarbeitet, wird eine

67köpfige Delegation zum Forum entsenden, deren Mitglieder aus 13 Organisationen kommen.

GROSSER ZUSPRUCH AUCH IN WESTEUROPA

Ich habe vor kurzem einige europäische Länder besucht und die Möglichkeit gehabt, mit Vertretern von Jugend- und Studentenorganisationen zu sprechen. Die UNEF (größter französischer Studentenverband), mehrere italienische Jugendverbände, aus der Bundesrepublik: Die Jungdemokraten, die Deutsche Jugendgemeinschaft, der Liberale Studentenbund und die Aktion Sühnezeichen, der Rat der Jugend Katarina (Schweden),

die Agrarjugend Finnlands, die Jugend der Liberalen Partei Norwegens, Organisationen aus Monaco, Luxemburg, Belgien, Holland, Dänemark und weiteren westeuropäischen Ländern nehmen am Weltforum teil.

GRUSSBOTSCHAFT VON UN-GENERALSEKRETÄR U THANT

Betrachtet man diese Tatsachen, kann man wohl von einem starken Interesse sprechen. Erwähnenswert dürfte ein Grusschreiben von dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, U Thant, sein. Weitere Schreiben von Politikern und Staatsmännern liegen schon jetzt vor und werden zum Beginn des Forums erwartet.

WIE VERHINDERN WIR NS-GESETZE

Noch im Herbst will der Innenminister Höcherl, der in der Spiegel-Affäre etwas „außerhalb der Legalität“ stand im Bundestag die Notstandsgesetze durchbringen. – Höchste Zeit, um etwas dagegen zu tun. Was?

Wir fragten den FDP-Bundestagsabgeordneten Dr. Oswald Kohut, die Schriftsteller Dr. Harry Pross, und Christian Geissler, Professor Franz Paul Schneider, den Kabarettisten Dieter Hildebrandt und den Gewerkschaftssekretär Günther Lass (siehe elan-Nr. 8/64). Hier sind einige Stimmen von Mitgliedern der Gewerkschaftsjugend, der Naturfreundejugend und die Meinung eines Betriebsrates. Auch ihnen stellten wir die Fragen:

1. Warum sind Sie gegen ein Notstandsgesetz?
2. Was ist zu tun, um einer Aushöhlung des Grundgesetzes, einer Demontage demokratischer Grundrechte, vorzubeugen?

Deine Meinung?

Karl-Heinz Krumme, Dortmund

Ich spreche mich gegen jede zusätzliche Notstandsregelung aus, weil durch Beschränkung oder gar Aufhebung der Freiheit die Freiheit nicht geschützt werden kann. Nach der Aufhebung gibt es nichts mehr zu schützen.

Ich bin der Meinung, daß die heute bestehenden Notstandsregelungen im Grundgesetz, in den Länderverfassungen, in den Gemeindeordnungen, in den Ordnungsgesetzen, und dem Strafgesetzbuch zum Schutze unserer Freiheit ausreichen. Auch heute schon ist nach dem Grundgesetz eine Einschränkung der Freiheitsrechte möglich. Praktiziert wird sie täglich von den verschiedensten „Überwachungsorganen“ unserer „Freiheit“. Eine weitergehende Regelung als die bestehende, bedeutet die Gefahr einer Aufhebung der ohnehin schwachen Demokratie.

Demokratisches Bewußtsein scheint mir in den Führungsgremien der Exekutive in der Bundesrepublik noch zu selten zu sein. Wie sind sonst die verschiedensten Affären der Vergangenheit und solche eigenartige Gesetzentwürfe, die z. B. das Rückrufrecht der Regierung verankern, zu erklären?

Wer schützt uns vor den „Schützern“ der Demokratie? Nur wir selbst, d. h. jeder von uns sollte tagtäglich beweisen, daß er Demokrat ist und sein will. Er sollte das sachliche Gespräch an die Stelle des gefühlsbetonten Streites setzen und die Intoleranz bekämpfen, wo er sie findet. Er sollte aktiv am politischen Geschehen teilnehmen.

Die Notstandsgesetzgebung kann nur auf demokratische, legale Weise verhindert werden. Mittel sind:

1. Initiation eines jeden einzelnen und der Verbände in den demokratischen Parteien.
2. Direkter Kontakt zu den einzelnen Bundestagsabgeordneten.
3. Diskussion über den Fragekomplex in jedem Kreis und damit Meinungsbildung auf breiter Basis.
4. Unterrichtung der Öffentlichkeit durch öffentliche und private Publikationen.
5. Gespräche eines jeden einzelnen mit möglichst vielen, ihm bekannten Personen.

Nur eine vorbildlich, demokratische Gesellschaft und keine Notstandsge-

setzgebung schützen uns vor den autoritären Ansprüchen kommunistischer und faschistischer Ideologien.

Herbert Knapp, Duisburg

Die Notstandsgesetze bedeuten für mich den Untergang der Demokratie. Die Männer, die damals unser Grundgesetz geschaffen haben, legten den demokratischen Grundstein, der so viel Sicherheit beinhaltet, daß sie für einen Ernstfall ausreichen. Was man jetzt will, sind zusätzliche Notverordnungen.

Die Fragwürdigkeit einer Notverordnung zeigt sich im Putschversuch von Kapp im Jahre 1920, in dem nicht die Notverordnung sondern der Generalstreik der Gewerkschaft diesen Spuk beendeten. Die Abgeordneten aller Parteien versagten damals. Notverordnungen kenne ich auch aus der Geschichte der Weimarer Republik. Mit dem Artikel 48 der Reichsverfassung wurde die Demokratie von Leuten abgeschafft, die in der Bundesrepublik noch heute Rang und Namen haben.

Als junger Mensch vertraue ich heute auf unsere starke Gewerkschaftsbewegung. Millionen von Mitgliedern sehen in dieser Organisation den Garant für Freiheit und Recht. Sie wird die Schlüsselfigur bei den Auseinandersetzungen sein. Ihre Haltung wird entscheidend sein – ob es Notstandsgesetze geben wird. Schweigen bedeutet Zustimmung. Das werden wir als Gewerkschafter nicht dulden. Wir werden alle Mittel einsetzen, um diese Verordnung zum Scheitern zu bringen. Das wird nicht leicht sein, da man dem Volk jegliche Aufklärung über den Inhalt des Gesetzes vorenthalten hat. Wer weiß schon, daß mit diesem Gesetz der arbeitende Mensch zum Spielball politischer Abenteurer wird. Die Aufklärung und Mobilisierung aller Arbeitnehmer wird Punkt eins sein.

Presse und Flugblätter müssen den Boden vorbereiten. Ihm werden Kundgebungen und Demonstrationen folgen müssen. Wir werden die Entwicklung scharf beobachten. Jeder, der unser Recht verwässern will, soll uns geschlossen in der Abwehr finden. In diesem Sinne lehnten die Delegierten des 6. DGB-Bundeskongresses jegliche Notstandsgesetzgebung ab. Sie

sprachen sich für Maßnahmen zum Schutze der Demokratie bis hin zum allgemeinen Streik aus.

Horst Wilhelms, Krefeld

Jeder demokratisch gesinnte Bürger der Bundesrepublik lehnt eine Notstandsgesetzgebung ab. Die Begründungen durch unsere Regierung, eine Notstandsgesetzgebung diene dem Schutz vor Naturkatastrophen sowie einer Ablösung der Rechte der ehemaligen westlichen Besatzungsmächte, dienen nach meiner Meinung zur Verdummung unserer Bevölkerung. Die Gewerkschaften sowie die Arbeiterjugendorganisationen haben in ihren Beschlüssen die Notstandsgesetze eindeutig abgelehnt. Es darf aber nicht bei diesen papiernen Protesten bleiben, sondern jetzt kommt es darauf an, zu verhindern daß die Notstandsgesetze im Herbst vom Bundestag beschlossen werden.

Das kann nur verhindert werden, wenn die Gewerkschaften und die Arbeiterjugendorganisationen ihre Beschlüsse in die Tat umsetzen und die Arbeiter zu Demonstrationen und Kundgebungen aufrufen. Nur durch aktive Proteste können wir ein neues 1933 verhindern.

Rainer Schellbach, Dortmund

Meine Haltung in der Frage der Notstandsgesetzgebung ist kein „Ja, aber...“, sondern ein klares und entschiedenes „Nein“.

Ein Nein gegenüber dem Vorhaben, unter dem Vorwand der Sicherung unserer Demokratie durch Änderung des Grundgesetzes praktisch die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen. Eine Partei, die solche Ziele verfolgen würde, wäre gemäß Artikel 21, Abs. 2 GG verfassungswidrig und müßte daher verboten werden. Man kann nicht die Demokratie dadurch schützen, daß man die demokratischen Rechte (z. B. Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Vereinigungsfreiheit im Ernstfall nicht mehr gelten läßt. Gerade die demokratischen Rechte und Pflichten garantieren den Bestand unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Mit anderen Worten: die bestehenden Bestimmungen des Grundgesetzes, der Länderverfassungen, der kommunalen

Verfassungsgesetze und des StGB reichen aus, um einen Notstand zu bekämpfen.

Für den Fall des Katastrophennotstandes hat das die beispielhafte Bewältigung der Hamburger Flutkatastrophe bewiesen und für den Fall des inneren Notstandes war die Spiegelfaffäre ein lebhaftes Zeugnis für die Möglichkeiten des Eingreifens, wenn einmal wirkliche Landesverräter, Hochverräter, Verfassungsfeinde usw. am Werk sein sollten.

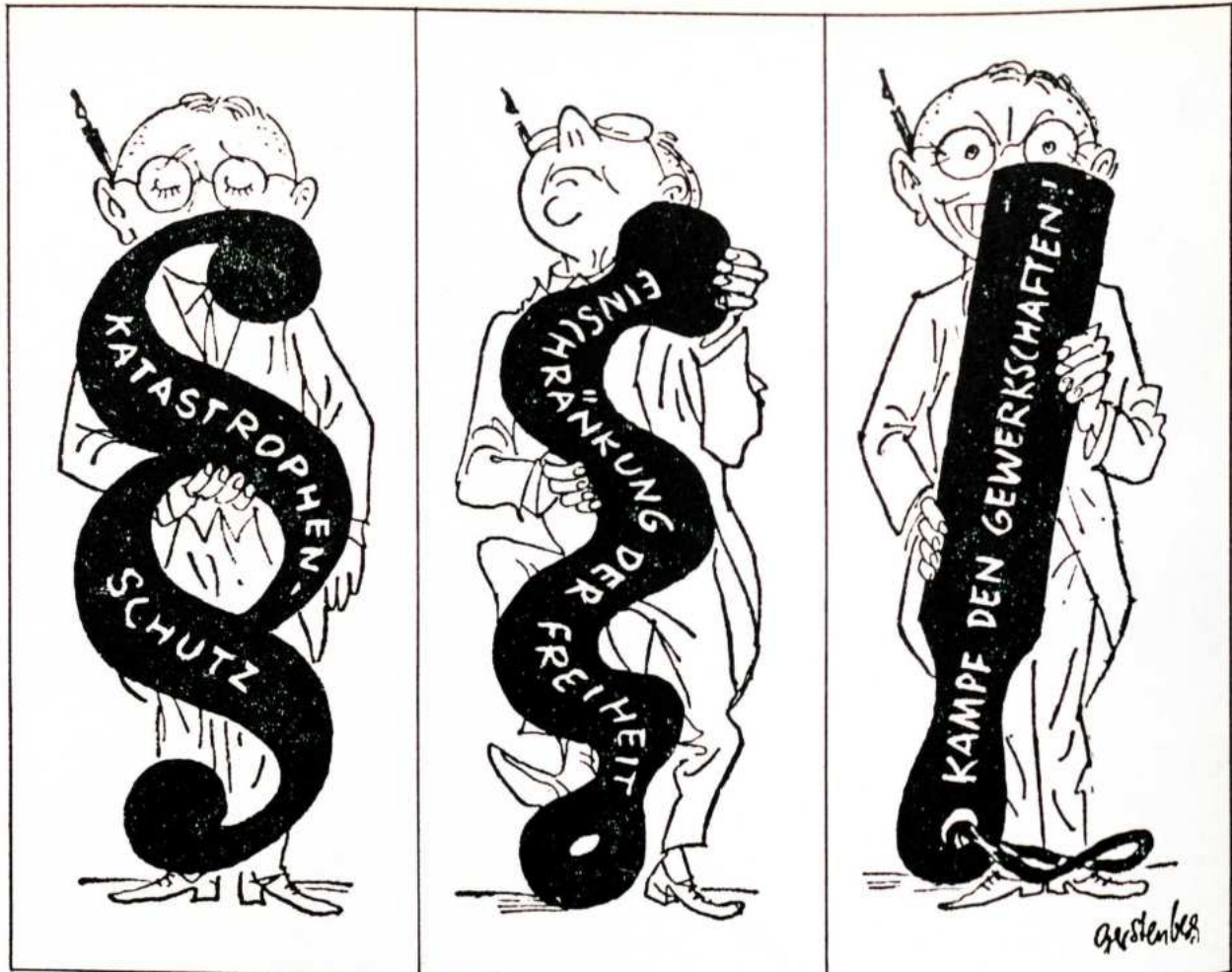
Im Falle der dritten Stufe der äußeren Gefahr, bin ich der Meinung, daß man diese nicht durch Grundgesetzänderung beseitigen kann, sondern durch eine Politik, die diese Gefahr erst gar nicht entstehen läßt. Doch – was tun?

Die Konsequenz wäre, daß alle Gegner einer zusätzlichen Notstandsregelung einer der im Bundestag vertretenen Parteien beitreten und vertretenen würden, die Parteimeinung zu ändern. Vielen Bundestagsabgeordneten würde es dann leichter fallen, ein klares Nein zu der beabsichtigten Beschneidung ihrer Freiheitsrechte zu sagen. Da sich eine solche Veränderung einer Parteimeinung aber in der Kürze der Zeit wohl nicht durchführen läßt, bleibt die Möglichkeit, daß

1. jeder Einzelne an den Bundestagsabgeordneten seines Wahlkreises herantritt oder daß
2. die Verbände, die sich gegen die Notstandsgesetze ausgesprochen haben, ihre Mitglieder, die zugleich Bundestagsabgeordnete sind, dazu anhalten, im Sinne der Beschlüsse ihrer Organisation abzustimmen.

Den Mitgliedern des Bundestages muß klar gemacht werden, daß es keinen Zweck hat, zunächst über die Schaffung von Einzelgesetzen zu verhandeln, und wenn diese nicht zur Zufriedenheit ausgefallen sind, darauf zu hoffen, daß die Verfassungsänderung nicht zustande kommt. Noch ist es nicht zu spät!

Zu den Personen, die hier privat und persönlich Stellung nehmen:
Karl-Heinz Krumme, Vorsitzender des DGB-Kreisjugendausschusses Dortmund; Herbert Knapp, Betriebsrat und Vorsitzender des Vertrauensmännerkörpers bei Mannesmann; Horst Wilhelms, Bezirksjugendleiter der Naturfreunde; Rainer Schellbach, Vorsitzender der Jugendvertretung der Stadt Dortmund.



TOKIO

**GELD FÜR RINGER FRANKE?
DIE KRIPO UND DIE TURNER / „WIR MUSSEN VERHINDERN, DASS DIE ZONE MIT EIGENER MANNSCHAFT ERSCHEINT!“**

FORTSETZUNG VON SEITE 3

band der DDR mit der Ausrichtung der Weltmeisterschaft zu betrauen, fand Zustimmung.

SEGLER WURDEN AUSGELADEN

In den letzten Julitagen, da vor Warnemünde die besten Segler aus West und Ost um die Olympiafahrkarten kämpften, erhielt der DDR-Verband eine Mitteilung, daß er nicht an dem großen internationalen Wettbewerb, dem Gold-Cup, der vor Travemünde unmittelbar nach Abschluß der Olympia-Qualifikation ausgetragen wurde, teilnehmen dürfe. Auf einer Pressekonferenz in Ostberlin erklärten Sportler, die an Ausscheidungen in der Bundesrepublik teilgenommen hatten, daß versucht worden sei, sie mit Bestechungsgeldern zu bewegen, nicht in ihre Heimatstädte zurückzukehren. Der Leipziger Freistilringer Adolf Franke wurde, wie er sagte, in Dortmund im Hotel „Westfalenhalle“ von einem Manne angesprochen, der ihm 3.000 Mark „Handgeld“ bot, wenn er in der Bundesrepublik bleibe.

SPITZEL KONTRA TURNER

Anläßlich der Turnausscheidung der Männer in Essen zeigte die politische Polizei eine bemerkenswerte Aktivität, über die die „NRZ“ in Essen Anfang Juli zu berichten wußte: „Hotelier Lausbergs (dort wohnten

die DDR-Turner) Ruhe war erst dahin als er erfuhr, daß man über ihn Erkundigungen eingezogen hatte. Als Mittwoch morgen um 9.45 Uhr gar noch zwei Beamte der politischen Polizei aus Essen in einem grauen Volkswagen mit ziviler Nummer vorfuhren, war er nicht zu Hause. „Wir kommen dann später wieder“, verabschiedeten sich die Beamten. Sie hatten den Auftrag, die Gäste aus gebührender Entfernung nach eventuellen kommunistischen Infiltrationsversuchen zu überprüfen.“ „Das machen wir immer so“ sagte dazu lakonisch die Polizei.“

DER BETROGENE HETZ

Niemand im fernen Japan kennt auch nur eines dieser Beispiele aus den vorolympischen Tagen in unserem Lande, und ebenso wenig ist dort geläufig, daß Gerhard Hetz, einer unserer Medaillenanwärter und bei den schwimmsportfreudigen Japanern bestens bekannt, vor zwei Jahren um zwei oder drei Europameistertitel betrogen wurde, weil die Schwimmer der Bundesrepublik nicht bei den europäischen Meisterschaften in Leipzig starten durften. Zu den Olympia-Ausscheidungen aber konnte Hetz plötzlich in die DDR, diesmal nach Magdeburg, reisen. Es dürfte fast ausgeschlossen sein, einem Ausländer diesen Widersinn zu erläutern und begründlich zu machen.

KEINE REVANCHE GEGEN OTTO

Als nach den Olympiaausscheidungen der Boxer in Westberlin und Schwerin Aktive, Betreuer und Journalisten aus Ost und West zusammensaßen, meinte Josef Rehberger, Fliegengewichtler aus dem bayrischen Rosenheim und Zweiter der Deutschen Meisterschaft 1964, er würde gern zu einer Revanche gegen Otto Babiasch, der ihn im ersten Kampf bezwingen konnte, in den Ring steigen. Gleich darauf fiel ihm jedoch ein: „Das geht ja nicht.“ Es ging schon – der einzige Grund, warum Sepp Rehberger und viele andere deutsche Sportler, die einmal nicht unter dem Zwang des Kampfes um die olympische Teilnahme gegeneinander antreten möchten, daran gehindert werden, ist jener Beschluß von Düsseldorf, der den gesamtdeutschen Sportverkehr verbietet. Deshalb wird eine gemeinsame deutsche Mannschaft solange „ein Betrug an der Öffentlichkeit“ (Skipräsident und Chef de Mission von Innsbruck, Dr. Heine) bleiben, wie die Beziehungen auf der untersten Ebene der Vereine nicht wieder normalisiert sind. Gemeinsamkeit in Tokio und Einreiseverbote für DDR-Sportler, die an einem Sportfest in Iserlohn oder anderswo teilnehmen wollen, das paßt einfach nicht zueinander.

STARTBLOCK DER GEMEINSAMKEIT

Es darf auch nicht verschwiegen werden: Die Gründe für die olympische Gemeinsamkeit sind weniger sportlicher denn politischer Art: „Wir müssen es verhindern, daß die Zone bei großen Sportveranstaltungen mit einer selbständigen Mannschaft erscheint, um der These von den zwei deutschen Staaten entgegenzutreten, wo immer wir es können“, schrieb NOK-Vizepräsident Dr. Wülfing und erster Mann des Ruderverbandes, in seinem Verbandsorgan „Rudersport“.

Am Startblock für eine echte Gemeinsamkeit müßte die Aufhebung jenes Beschlusses vom 16. 8. 1961 stehen, der den gesamtdeutschen Sportverkehr blockiert. Ein großzügiger Sportverkehr ohne politische und polizeiliche Einmischung könnte die Atmosphäre entgiften und Brücken schlagen helfen.

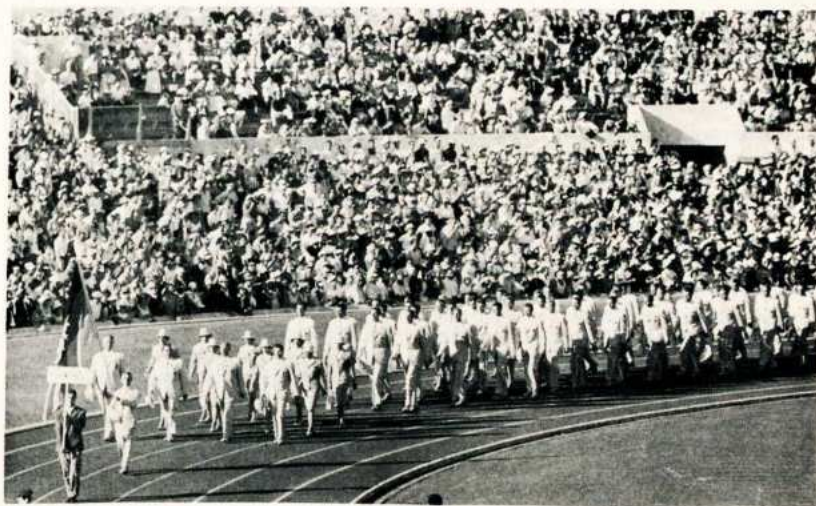
Kein Zweifel: Ein ständiger Leistungsvergleich zwischen den Sportlern von hüten und drüben würde nicht nur leistungsfördernd wirken; er würde auch notwendig werdende Ausscheidungen in besserer Atmosphäre ermöglichen, als wir sie bei einigen vorolympischen Ausscheidungen fanden.



DDR-STAFFEL-LÄUFER booteten unsere 4x100 m-Stars aus. Trotz ihres Rekordlaufes löste ihr Sieg bei uns heftige und unsportliche Diskussionen aus.



IMMER NUR L'ACHELN scheint die Devise von Willi Daume, dem Präsidenten des Deutschen Sportbundes, zu sein. Genügt sein Lächeln aber, um die Gegensätze zu vertuschen?



GEMEINSAM marschierte die gesamtdeutsche Mannschaft in Rom ein. Auch in Tokio wird man dieses trügerische Bild sehen.



DR. HEINE (Chef de Mission) der deutschen Equipe in Innsbruck spricht von „einem Betrug an der Öffentlichkeit.“



HANS GRODOTZKI (DDR), Silbermedaillengewinner in Rom über 10 000 Meter.

Wie schlagen sich die „Neuen“?

DIE GRUNDER SPIELTEN RUGBY

Als Rugby-Verein war Hannover 96 gegründet worden, und erst ein paar Jahre später spielte man auch Fußball. Es lohnte: 1938 errangen die Balltreter zum erstenmal die Deutsche Fußballmeisterschaft gegen Schalke 04. Und 1954 war es dann der haushohe Favorit mit den glänzenden Stars, der 1. FC Kaiserslautern, der von den entfesselten Niedersachsen im Kampf um Deutschlands Fußballkrone entzaubert und mit 5:1 Toren geschlagen nach Hause geschickt wurde. Helmut Kronsbein war es damals als Trainer gelungen, seine Mannschaft zu solcher Leistung zu bringen, und die „Elf der Namenlosen“ füllte damals die Spalten der Presse.

NACHWUCHS – EIGENE ERNTE

Helmut Kronsbein ist es auch, der nun zum zweitenmal die Hannoveraner betreut. Illusionen hat er keine: „Unser Ziel ist ausschließlich der Klassenerhalt. Unsere Konkurrenten haben ein volles Jahr Vorsprung, den aufzuholen nicht leicht sein wird.“ Gewiß – leicht wird das bestimmt nicht sein. Aber immerhin kann Kronsbein auf ein solides Fundament qualifizierter Spieler zurückgreifen: Zu den 21 Lizenzspielern – von denen sieben „eigene Aufzucht“ sind, kommen noch die Amateure, die in diesem Jahr Deutscher Meister wurden. Und diese sieben „Eigengewächse“ zusammen mit der Amateurmeistermannschaft ergeben den Nachweis einer vorzüglich geführten Nachwuchsentwicklung.

DREI NEUE AUF DEM PLATZ

Seit dem Trainingsbeginn am 25. Juli tummeln sich nun noch drei „Neue“

auf dem Platz. Die Stürmer Klose, Bandura und Mühlhausen wurden von VfV Hildesheim, Westfalia Herne und Borussia Mönchengladbach eingekauft. Auf Deckungsspieler verzichtete man: Die Abwehr ist stark.

HORST BUHTZ + EIN DENKMAL

Vor ihrem Clubhaus steht eine Fußballstatue, und die Neunkirchner taufen den eisernen Mann immer nach ihrem jeweiligen Liebling auf dem schmutzig-grünen Rasen. Im Augenblick mag es Karl Ringel sein, der Stürmer und Kapitän der Borussia-Mannschaft. Sie könnten es auch „Horst-Buhtz-Denkmal“ nennen, denn immerhin schaffte es dieser ehemalige Profispieler und heutige Trainer, die Mannschaft auf Anhieb zur Meisterschaft und in die Bundesliga zu führen. Rauchig und schwer ist die Luft über Neunkirchen, und wer hier bestehen will, muß schon an das Leben gewöhnt, aus einem harten Holz geschnitten sein: aus dem Holz der Hüttenarbeiter, die die große Anhängerschaft der Borussen stellen. Und die drei Neuzugänge Heiden, Peter und Müller kommen aus ähnlich rauchigen Gegenden: aus Ludwigshafen, Saarbrücken und Dudweiler. Im übrigen ist auch diese Mannschaft eine Elf ohne glanzvolle Namen, dafür aber mit einer ausgezeichneten Jugendarbeit und einer sich meist aus eigenem Nachwuchs rekrutierenden Reserve.

Aber auch die Bilanz der Neunkirchner Kicker ist beachtlich, sie enthält eine ganze Reihe Landes- und Regionalmeisterschaften, nicht eingerechnet die Vizemeisterschaften. Borussia ist also nicht irgendwer, und daß sie bei der ersten Auswahl für die Bundesliga nicht berücksichtigt wurde, hängt nicht etwa mit mangelnder sportlicher Qualifikation zusammen.

Gerd Rate



Hannover 96 ... für Überraschungen gut.



Bor. Neunkirchen ... eine Elf ohne glanzvolle Namen.



elan bei Judoka und Tokio-Fahrer Glahn

Vom Kyu zum Dan

Überraschend war der Aufstieg des heute 22jährigen Judokämpfers Klaus Glahn, der sich für Tokio qualifizieren konnte.

Noch fast unbekannt war er, als er im Mai 1963 zu den Europameisterschaften der Judokämpfer in Genf antrat und auf Anhieb seine Konkurrenten Sijan (Jugoslawien), Bronzani (Frankreich), Mitschenko (Sowjetunion) und Kibrozashwilli (Sowjetunion) schlagen konnte und damit Europameister im Schwergewicht wurde.

Der gelernte Elektroinstallateur war erst Schüler (Kyu) im Judo und konnte einen Meister, den Europameister Kibrozashwilli, besiegen. Der Judoport unterteilt sich in Ausbildungsgrade vom 1.- bis 6.-Kyu-Grad bis 1.- bis 10.-Dan- (Meister-)

Grad. Der geschlagene Europameister war im 2. Dan-Grad. Bei der Vorolympiade 1963 konnte Klaus Glahn mit einem Sieg über einen starken Koreaner den 5. Platz belegen.

Nach seinen Chancen in Tokio befragt, sagte er: „Wenn ich gut in Form bin und viel Glück habe, kann ich vielleicht einen der vorderen Plätze belegen.“ Klaus wird in der „Allkategorie“ kämpfen. In dieser Kategorie gibt es nicht wie in den anderen Klassen (Leicht, Mittel, Schwer) vorgeschriebene Gewichte. Außer Judo betreibt Klaus noch aktiv Rugby.



Harbig-Preis für Erika Fisch

Geehrtes Fischlein

Zum Abschluß der Deutschen Leichtathletik-Meisterschaften im Berliner Olympiastadion schwoll der Beifall der 25 000 Zuschauer noch einmal an,

als Erika Fisch den „Rudolf-Harbig-Preis“, der alljährlich an besonders verdienstvolle Athleten vergeben wird, in Empfang nehmen durfte. Mit der 30jährigen Lehrerin, die Hannover 96 angehört, erhielt eine der sympathischsten und erfolgreichsten deutschen Leichtathletinnen der Nachkriegszeit die hohe Auszeichnung.

Bereits 1956 war Erika Fisch bei den Olympischen Spielen in Melbourne dabei und belegte im Weitsprung einen ausgezeichneten vierten Platz. Verletzungen und infolge des Lehrstudiums nicht immer ausreichendes Training warfen sie in mancher Sai-

son zurück, doch gerade dann, wenn sie wieder einmal „abgeschrieben“ war, überraschte sie mit ausgezeichneten Leistungen. So belegte sie 1962 bei den Europameisterschaften in Belgrad in einem dramatischen 80-m-Hürdenlauf hinter der Polin Ciepla und Karin Balzer aus Frankfurt/Oder den dritten Platz. Selbst auf der Zielfotografie waren kaum Unterschiede zwischen den ersten drei Läuferinnen festzustellen, für die alle hervorragende 10,6 sec. gestoppt wurden. Außerdem gewann Erika die Silbermedaille in Belgrad als Startläuferin der 4-mal-100-m-Staffel. Sechs deutsche Meistertitel kommen auf ihr Konto.

Hätten die Eidgenossen statt vieler Jodler einige gute Chanson-Sänger gehabt – wer weiß, vielleicht wäre alles ganz anders gekommen. So mußten die braven Schweizer pumpen gehen, und sie schickten den schwarzhaarigen Import aus Israel zum 63er Chanson-festival nach London. Esther Ofarim, 20, kam, sah und – siegte nicht.

Sie gewann trotzdem, nämlich ihren Mann Abraham (Abi), mit dem sie ein Gesangsduo bildete. Frank Sinatra, Altmeister im amerikanischen Show-Geschäft, hörte von diesem hochbegabten Pärchen. Das Engagement war schnell perfekt. Und ihre erste Langspielplatte mit internationalen Chansons und Volksliedern wird ein ganz großer Erfolg.

Die Schallplattenbranche horcht auf. Aber Esther und Abi haben sich geschworen: Wir singen nicht jeden Käse, den man uns anbietet. Sie haben eigene Ideen. Sie können etwas. Daß diese Ideen gut, daß ihr Können und ihre Ansprüche fundiert sind, müssen auch jene Produzenten einsehen, denen das künstlerische Mitspracherecht zuerst nicht ins Konzept paßt.

Nur einmal werden sie ihren Grundsätzen untreu: Beim Schlagerfestival in Baden-Baden.

Esther und Abi sind fleißige Arbeiter. Wenn neue Plattenaufnahmen bevorstehen, dann wird fern von Telefon und Postboten eifrig geprobt. So entstand „Ten vas pas“, so kam die deutsche Version von „Melodie einer Nacht“ zustande, die in diesen Tagen an den Handel ausgeliefert wird.

FOTOS: Philips

Esther & Abi



Eine EINFACHE SCHLAG-GITARRE ohne den sonst brancheüblichen Zierat, das reicht für Esther und Abi als Begleitung. Sie wollen durch Qualität ihre Zuhörer überzeugen.



VOM KESSEN CHANSON bis zum schwermütigen Volkslied reicht das Repertoire Esther Ofarims und ihres Partners. Sehr empfehlenswert: Eine Langspielplatte mit internat. Chansons.

